



**JAHRESBERICHT
DER CHEMISCHEN
INDUSTRIE 2020**

INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSSCHWERPUNKTE 15

CORONA

Ein turbulentes Jahr im Arbeitsrecht	7
Ein Blick auf das „Ausnahmejahr“ 2020	8
Werbekampagne: Mit Chemie gegen Viren	10
Investitionen zur Krisenbewältigung	11
Bildungsarbeit durch Schulschließungen erschwert	12
Veranstaltungen	12

GREEN DEAL

Der europäische Grüne Deal	15
Der Weg zur Klimaneutralität	16
FCIO-Studie	17
EU-Chemikalienstrategie	18
Die Industriestrategie – ein Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit	20
Kreislaufwirtschaft	21
Überblick EU Green Deal Maßnahmen	22

Corona-Krise stoppt Maßnahmen im Chemikalienrecht

REACH trotz langjähriger Erfahrung immer wieder eine Herausforderung	24
---	----

EU-Biozidprodukterecht ein Hemmschuh zu Beginn der Corona-Pandemie

.....	26
-------	----

Klima, Kunststoff, Pharma: Schwerpunkte in der Medienarbeit

.....	27
-------	----

Forschungspolitik unter dem Eindruck der Pandemie und des Green Deals

.....	28
-------	----

Umwelt & Anlagenrecht

.....	30
-------	----

Neuerungen bei Responsible Care

.....	30
-------	----

Brexit

.....	32
-------	----

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE 33

Pharmazeutische Industrie	34
Kunststoffindustrie	36
Pflanzenschutz	38
Düngemittel	39
Waschmittel, Kosmetik, Aerosole	40
Lack- und Anstrichmittelindustrie	42
Holzschutzmittel	43
Technische Gase	44
Kautschukverarbeitende Industrie	44
Biokraftstoffe – die Verkehrswende ist keine Einzelmaßnahme	45
Fasererzeuger	46
Bauklebstoffindustrie	46
Bitumenemulsionsindustrie	46

ANHANG 47

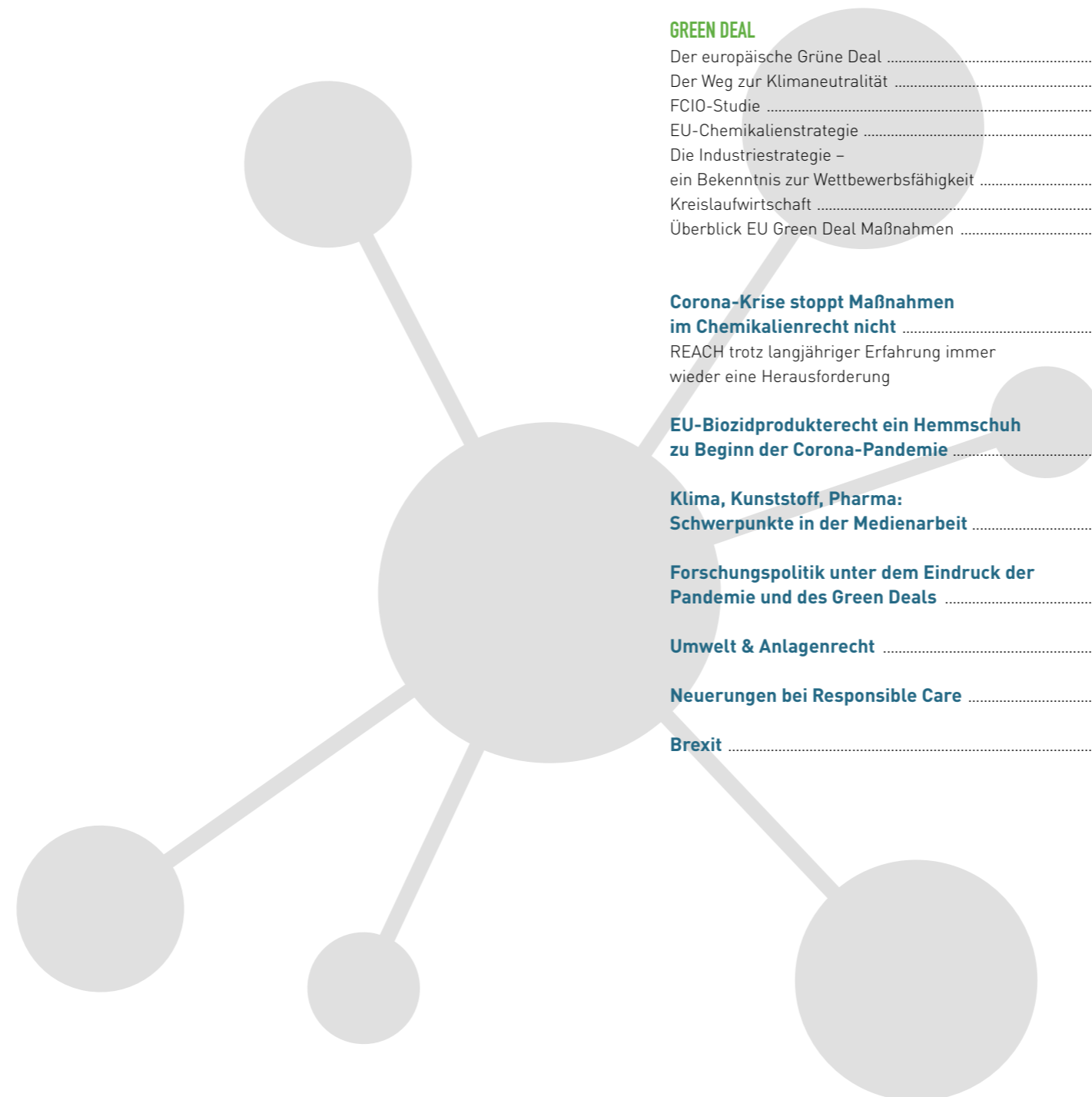
Wirtschaftsbericht	48
Geschäftsverteilung	52
Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs	53
Fach- und Berufsgruppenausschüsse	54
Kontakt	55

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich

Redaktion & Text:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs

Druck:
Donau Forum Druck Ges. m. b. H.
www.donau-forum-druck.at



VORWORT



Prof. Kommr. Ing. Hubert Culik, MAS
Obmann des FCIO

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

eigentlich haben wir in der chemischen Industrie für das Jahr 2020 ganz andere Herausforderungen erwartet. Der Green Deal der Europäischen Kommission, der Ende des Jahres 2019 veröffentlicht wurde, hat so einiges versprochen: Industriestrategie, Chemikalienstrategie, Arzneimittelstrategie, Farm-to-Fork-Strategie ... Auch wenn all diese Zielsetzungen der Europäischen Kommission im vergangenen Jahr veröffentlicht wurden, so waren es doch ganz andere Dinge, die uns alle beschäftigten: Lockdown, Quarantäne, Homeschooling, Systemrelevanz, FFP2-Maske usw. Niemand konnte Anfang 2020 erahnen, dass schon in ein paar Wochen Geschäfte und Schulen geschlossen werden, ebenso Friseure, Massagesalons und Fitnessstudios. Ganze Branchen standen still: die Gastronomie, der Tourismus und die Kulturszene. Die Regierung spannte Rettungsschirme. Berufe, die sonst keinerlei Anerkennung bekommen, wurden plötzlich beklatscht: Supermarktangestellte und Krankenpfleger. Wissenschaftler waren in Medien dauerpräsent. Und die chemische Industrie konnte zeigen, was in ihr steckt: Desinfektionsmittel, Gummihandschuhe, Vliese für Masken, Seifen und Waschmittel für die Hygiene, Kunststoffverpackungen für Lebensmittel, Medikamente und natürlich die heißersehnte Impfung, die in einer beispiellosen globalen Zusammenarbeit von Forschung, aber auch Behörden und Politik in einmaliger Geschwindigkeit gelungen ist und von der wir uns alle eine Rückkehr zur Normalität erwarten.

Während Asien schon wieder einen Aufschwung verspürt, sucht Europa noch nach dem Weg aus der Wirtschaftskrise. Mit einem Minus von fast 7 Prozent startet Österreichs chemische Industrie auf dem Niveau von 2017 ins Jahr 2021. Konjunkturpakete sollen sich laut Europäischer Kommission am Green Deal orientieren. Der europäische Aufschwung soll grüner werden. Schon bei der Investitionsprämie bekam mehr Geld, wer nachhaltiger investierte. Als Fachverband werden wir dafür kämpfen, dass unsere Branche nicht mit Regulierungen überschüttet wird, sondern international wettbewerbsfähig ihre Lösungskompetenz zugunsten der Klimakrise unter Beweis stellen kann. Denn so wie die Pandemie nicht ohne den Beitrag der chemischen Industrie zu bekämpfen ist, so kommen wir auch gegen die Klimakrise nicht ohne unser Know-how an. E-Mobilität, Wasserstofftechnologie, leistungsfähige Akkus, erneuerbare Energie, Gebäudedämmung, Kreislaufwirtschaft – alle Herausforderungen in diesen Bereichen sind ohne die Innovationskraft der Chemie nicht zu stemmen. Dafür dürfen wir aber nicht durch zu viel Bürokratie und Beschränkungen gebremst werden.

Die Pandemie hat bei all ihren Nachteilen für unsere Branche auch einen Vorteil: Wir konnten beweisen, wie unentbehrlich Chemie ist, wie nützlich in unserem Alltag und wie gut sie Lösungspfade aus der Krise bieten kann. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnis von längerer Dauer ist und der chemischen Industrie anhaltend zu einem besseren Image verhilft.

Für die noch harten und steinigen Monate, die vor uns liegen, wünsche ich allen Mitgliedern Ausdauer, Zuversicht und natürlich vor allem Gesundheit.

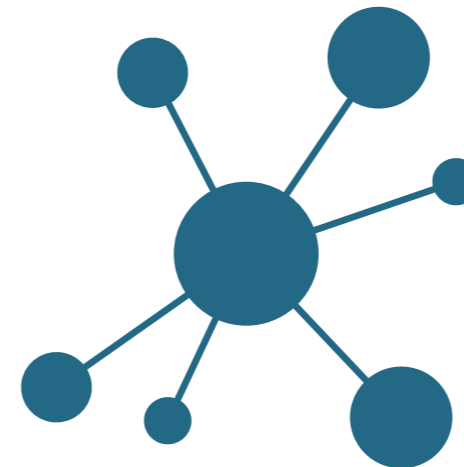
Ihr Obmann

Hubert Culik



ARBEITSSCHWERPUNKTE

Im Jahr 2020 prägten vor allem zwei Themen die Arbeit des Fachverbands: die Corona-Pandemie und der Green Deal der Europäischen Kommission. Im ersten Lockdown galt es, Lieferketten sicherzustellen, die Mitglieder bei Kurzarbeitsanträgen zu unterstützen und bei den Kollektivvertragsverhandlungen die wirtschaftliche Lage berücksichtigt zu wissen. Der Green Deal hingegen fand sich in nahezu allen Arbeitsbereichen des FCIO wieder: Von Klima-, Umwelt- und Energiethemen, über Chemikalienrecht und Forschung bis zur Branchenarbeit für Pharma oder Kunststoff.



CORONA	7
GREEN DEAL	15
Corona-Krise stoppt Maßnahmen im Chemikalienrecht nicht	24
EU-Biozidprodukterecht ein Hemmschuh zu Beginn der Corona-Pandemie	26
Klima, Kunststoff, Pharma: Schwerpunkte in der Medienarbeit	27
Forschungspolitik unter dem Eindruck der Pandemie und des Green Deals	28
Umwelt & Anlagenrecht	30
Neuerungen bei Responsible Care	30
Brexit	32

CORONA

Die Corona-Pandemie hat auch uns als Fachverband vor völlig neue Herausforderungen gestellt. In der ersten Lockdownphase im März waren unsere Mitglieder auf schnelle Hilfe angewiesen: Die Lieferketten mussten aufrechterhalten werden, gleich darauf war eine Sonderzulassung für Desinfektionsmittel dringend benötigt. Die Herausforderungen beim Thema Kurzarbeit mussten gemeistert werden. Die KV-Verhandlungen im Frühjahr fanden dann unter sehr herausfordernden Bedingungen statt. Aber auch andere pandemiebedingte, arbeitsrechtliche Neuerungen forderten die Betriebe, ließen doch oft die gesetzlichen Veröffentlichungen auf sich warten, nachdem in Pressekonferenzen die Pläne für Juristen oft zu ungenau kundgetan wurden.

Ein turbulentes Jahr im Arbeitsrecht

Das Jahr 2020 war das Jahr der Krisenbekämpfung, in dem arbeitsrechtliche Änderungen am laufenden Band notwendig waren. Oft wurden diese Änderungen in Pressekonferenzen kommuniziert, die Normtexte ließen aber auf sich warten. Dies führte vielfach zu Verunsicherungen bei den Mitgliedsbetrieben. Zudem ließen die Rechtstexte häufig einen großen Interpretationsspielraum zu.

stand gab es korrespondierende Refundierungsmöglichkeiten des fortzuzahlenden Entgeltes mit jeweils unterschiedlicher Zuständigkeit. Gegen Ende des Jahres rückten die Fragen nach der verpflichtenden Testung bzw. Impfung und auch der Maskenpflicht in den Vordergrund.

Auch KV unter erschwerten Bedingungen

Die Kurzarbeitsrichtlinie wurde im Jahresverlauf mehrmals verlängert und adaptiert. Es wurden unterschiedliche Freistellungsansprüche für Personen aus Risikogruppen und Betreuungspersonen geschaffen, deren mehrmalige Novellierung zu großem administrativen Aufwand führte. Es gab Änderungen zu den Arbeitszeiten und Ruhezeiten, um einerseits die Ansteckung zu verhindern und andererseits die dringend notwendige Produktion zu erhöhen. Zahlreiche Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz wurden platziert, aber eine verbindliche Regelung zum „Homeoffice“ wurde erst 2021 fertiggestellt. Betriebe wurden unter Quarantäne gestellt oder mit einem Betretungsverbot versehen, Mitarbeiter wurden ebenfalls unter Quarantäne gestellt oder konnten nach Auslandsaufenthalten nicht auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Je nach Tatbe-

Im April, nach dem ersten kompletten Lockdown, starteten wir die Kollektivvertragsverhandlungen erstmals mittels Videokonferenz und haben dann in sehr kleinen Runden auch in Präsenz weiterverhandelt. Während Teile unserer Mitgliedsbetriebe bereits in Kurzarbeit waren oder sich zumindest intensiv damit und mit anderen Instrumenten beschäftigten, um den Beschäftigtenstand aufrecht zu erhalten, haben insgesamt fünf lange und auch mühsame Verhandlungen stattgefunden. Mitte Juni war es dann aber soweit und ein für beide Seiten annehmbarer Abschluss wurde fixiert. Man einigte sich auf die Anhebung der Löhne und Gehälter um den durchschnittlichen VPI-Wert von 1,6 Prozent. Zusätzlich wurde eine Prämienzahlung vereinbart, um den Mitarbeitern ihren besonderen Einsatz, ihre Flexibilität aber auch die Unsicherheit abzugelten bzw. diese anzuerkennen.

Gerade dieses Krisenjahr hat gezeigt, dass die besten Ergebnisse nur mit einem Miteinander zu erzielen sind – sei es auf betrieblicher Ebene oder auf Bundesebene – und der Weg aus der Krise nur gemeinsam gemeistert werden kann.



Ihre Expertin für
Arbeitsrecht:

Mag. Kathrin Desch
Telefon: 05/90 900-3356
desch@fcio.at

Ohne die chemische Industrie wäre die Corona-Pandemie nicht zu bewältigen gewesen: Desinfektionsmittel, Schutzmasken, Gummihandschuhe, hygienische Verpackungen und natürlich Medikamente sowie die sehnlich erwartete Impfung machten die Branche unentbehrlich. Doch nicht alle konnten sich über eine erhöhte Nachfrage ihrer Produkte freuen. Wir haben mit drei Funktionären über ihre Eindrücke gesprochen.

Ein Blick auf das „Ausnahmejahr“ 2020

Die chemische Industrie hat ihre Systemrelevanz durch die Pandemie bewiesen: Arzneimittel, Medizinprodukte, Labordiagnostik, Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel. Besonders letztere waren am Beginn der Krise Mangelware.

Culik: Ja, ohne die Lösungskompetenz der chemischen Industrie könnten wir die zentralen Herausforderungen einer Pandemie gar nicht bewältigen. Die sprunghafte Nachfrage nach Desinfektionsmitteln hat die Hersteller vor Herausforderungen gestellt. Es mussten genügend Rohstoffe aufgetrieben werden und dann natürlich auch genug Verpackungen für die Abfüllung zur Verfügung stehen. Glücklicherweise hat sich gezeigt, dass die notwendigen Basischemikalien Ethanol, Glycerin und Wasserstoffperoxid allesamt in Österreich hergestellt werden. Der Fachverband hat sich um eine Notfallzulassung bemüht, wodurch auch Betriebe, die bisher keine Desinfektionsmittel verkaufen durften, zur Versorgung beitragen konnten. Viele unserer Mitglieder haben dann auch noch Desinfektionsmittel an Altenheime, Spitäler und Blaulichtorganisationen gespendet.

Aber die Krise hat auch gezeigt, dass wir uns Gedanken machen müssen über unsere Abhängigkeit von Importen.

Culik: Plötzlich war nicht klar, ob wir noch Lieferungen aus Asien erhalten werden. Wuhan und die Provinz Hubei sind für die chemische Industrie eine wichtige Region, aus der viele Rohstoffe kommen. Auch die Kontrollen an den Grenzen innerhalb Europas sorgten für Unsicherheiten durch starke



Foto: © Sarah-Maria Kölbl

Hubert Culik ist Obmann des Fachverbands der Chemischen Industrie Österreichs, Geschäftsführer von Rembrandtin Coatings und Executive Officer von der Kansai HELIOS Coating.

»Ohne die Lösungskompetenz der chemischen Industrie könnten wir die zentralen Herausforderungen einer Pandemie gar nicht bewältigen.«

Verzögerungen. Zu all dem kam auch noch der Mangel an LKW-Fahrern hinzu. Die Branche musste innerhalb kürzester Zeit ihre Lieferketten diversifizieren. Mit Unterstützung der Wirtschaftskammer konnten die Staus an den Grenzen zumindest für den Güterverkehr verkürzt werden.

Frau Bartenstein, die Pharmaindustrie hat in der Pandemie einen wichtigen Stellenwert eingenommen.

Bartenstein: Die Pharmabranche hat gezeigt, was sie unter hohem Druck zu leisten vermag. Es wurden nicht nur Impfstoffe in Rekordzeit erforscht und zugelassen, auch nach möglichen Therapien wurde fieberhaft gesucht. Die Kooperationsbereitschaft innerhalb der Branche war hier beispielhaft.

Aber auch die Pharmaindustrie hatte mit Lieferproblemen zu kämpfen.

Bartenstein: Im Pharmabereich kommt ein Großteil der chemischen Hilfs- und Wirkstoffe aus Indien und China, aber in der weltweiten Pandemie gab es auch europäische Versorgungsprobleme. Alternative Lieferketten aufzubauen ist sehr zeit- und kostenintensiv und manchmal schlichtweg nicht möglich. Glücklicherweise waren unsere Lager Anfang 2020 aber gut gefüllt, wodurch die Versorgung für unsere Produktion in der schwierigen Zeit sichergestellt war.

Was muss Europa tun, um sich aus der Abhängigkeit von Asien zu befreien?

Bartenstein: Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich Europa autark mit allen benötigten Vorprodukten und Medikamenten versorgen kann. Aber natürlich haben wir aus den Erfahrungen gelernt. Europa muss eine führende Rolle bei der Entwicklung von global harmonisierten Arzneimittel- und Umweltstandards einnehmen und sich für belastbare Lieferketten rund um die Welt einsetzen, um sich für zukünftige Pandemien und andere Katastrophen besser zu rüsten.

Die Arzneimittelstrategie der EU hat sich dieses Themas angenommen.

Bartenstein: Ja, man hat besonders durch die Pandemie die Dringlichkeit erkannt. Den Zugang zu Arzneimitteln zu sichern und die europäische Pharmaindustrie dabei zu unterstützen, bei der medizinischen Innovation weltweit führend zu sein, ist ein Balanceakt, den es zu bewerkstelligen gilt. Eine Vernetzung von digitalen Daten voranzutreiben kann sowohl auf der Forschungs-



Foto: © Augenblick, Steinz

Ilse Bartenstein ist Obfrau der Berufsgruppe Pharmaindustrie und Geschäftsführerin von G.L. Pharma.

»Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich Europa autark mit allen benötigten Vorprodukten und Medikamenten versorgen kann.«

ebene sehr hilfreich sein als auch die Verteilung von Arzneimitteln in der EU verbessern. Auch wenn es um die Vermeidung von Lieferengpässen geht, sind die Zusammenführung und gemeinsame Auswertung von Daten der richtige Weg.

Herr Schwarzl, nicht nur Pharmazeutika, sondern auch Kunststoffe sind in der Coronakrise teilweise gefragt.

Schwarzl: Ja, gerade im Bereich der Verpackungen will natürlich aus Hygienegründen niemand so gerne auf Kunststoff verzichten, da sie Lebensmittel vor Kontamination schützen können. Die Öffentlichkeit betrachtet Kunststoffe jetzt mehr im Hinblick auf die Eigenschaften, die schon immer vorhanden waren: optimale Materialien für Schutz, Hygiene und medizinische Versorgung, die jedoch in den letzten Jahren von der Umweltverschmutzung überschattet wurden. Auch die längere Haltbarkeit von Lebensmitteln dank der Verpackung ist bei selteneren Einkäufen ein wichtiger Punkt für Konsumenten. Daher sehen wir die Krise auch als Chance, den Kunststoffsektor zu stärken und die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben. Die negativen Aspekte des Kunststoffes hängen ja vor allem mit der falschen Entsorgung von Kunststoffprodukten zusammen und lassen sich am besten durch einen raschen Wandel zur Kreislaufwirtschaft lösen.

Die Coronakrise hat auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die Branche.

Culik: Natürlich. Das Jahr 2020 hat eigentlich ganz gut begonnen. Doch dann kam der März mit dem Lockdown, mit dem der positive Start ein jähes Ende fand. Die Wirtschaftskrise aufgrund der Pandemie hatte massive Auswirkungen auf die chemische Industrie. Nur einzelne Bereiche wie Waschmittel, Kunststoffverpackungen, Seifen und Desinfektionsmittel waren nicht betroffen. Andere wiederum spürten den Konjunkturerinbruch mit voller Härte.

Schwarzl: In der Kunststoffindustrie bekamen natürlich jene die Auswirkungen des Lockdowns besonders zu spüren, die Veranstalter, Hotellerie oder Aviation beliefern. Auf der anderen

Seite konnten sich Zulieferer der Bauindustrie über eine vergleichsweise hohe Nachfrage freuen.

Bartenstein: Auch wenn die Pharmaindustrie oft als ein Gewinner der Krise gesehen wird, so muss man hier auch Unterscheidungen treffen. Denn während Impfstoffhersteller und Medikamentenerzeuger für die Intensivmedizin Zuwächse verzeichnen, ist etwa der Markt für Erkältungsmittel und Antibiotika eingebrochen, denn durch den erzwungenermaßen geänderten Lebensstil gibt es aktuell deutlich weniger Infektionskrankheiten. Die Krise hat außerdem noch dazu geführt, dass die Menschen den Arztbesuch scheuen und – außer in Notfällen – nicht im Krankenhaus therapiert werden können, somit werden weniger Medikamente verschrieben.

Können wir etwas Positives aus der Covid-19-Krise mitnehmen?

Culik: Die Chemie hat bewiesen, dass sie eine unentbehrliche Wissenschaft ist. Es wird auch in Zukunft weiterhin darauf ankommen, mehr junge Menschen für Berufe in der chemischen Industrie zu begeistern. Wir können nur hoffen, dass die Krise das Interesse an einem Beruf in der chemischen Industrie wachsen lässt, weil man nun sieht, wie wichtig die Chemie aktuell für unsere Gesellschaft ist.

Schwarzl: Das gilt auch im besonderen Maß für die Kunststoffindustrie, in der das Interesse für eine Ausbildung in den letzten Jahren durch das schlechte Image sehr gelitten hat.

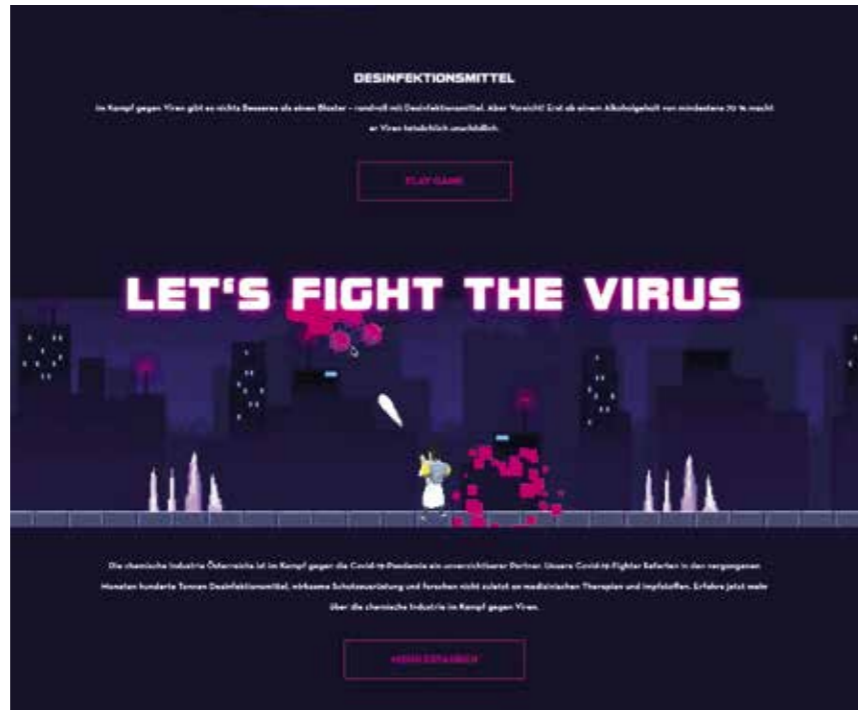


Foto: © FelixBuechele

Helmut Schwarzl ist Obmannstellvertreter im Fachverband der Chemischen Industrie, Obmann der Berufsgruppe Kunststoffindustrie und Geschäftsführer der Geberit Produktions GmbH.

»Die Öffentlichkeit betrachtet Kunststoffe jetzt mehr im Hinblick auf die Eigenschaften, die schon immer vorhanden waren: optimale Materialien für Schutz, Hygiene und medizinische Versorgung.«

Die Pandemie hat gezeigt, wie unverzichtbar die Produkte der chemischen Industrie sind: Desinfektionsmittel, Medikamente, Gummihandschuhe, Seifen, Vliese für Masken, Impfungen usw. – alles Produkte, die aus unserer Branche stammen und die für die Bekämpfung der Pandemie essenziell sind. Um dies der Öffentlichkeit bewusst zu machen, drehte sich die Werbekampagne des Fachverbands um den Kampf gegen Viren und welchen Beitrag die Chemie dazu leisten kann.



Werbekampagne: Mit Chemie gegen Viren

Unter dem Motto „Es gibt für alles eine Formel“ war die Werbekampagne des Fachverbands von September bis Dezember des vergangenen Jahres in TV, Online und Außenwerbung präsent. Diesmal zeigte Thomas Morgenstern gemeinsam mit dem Wissenschaftler Nuno Maulide, wie man Viren mittels Chemie bekämpfen kann. Dazu wurde ein eigenes Onlinespiel kreiert. Ziel der Kampagne war es, den positiven Nutzen von Chemie zu unterstreichen und beim Zuseher Faszination auszulösen und so das ambivalente Image zu verbessern.

Die Online-Schaltungen auf verschiedenen Netzwerken (YOC, SevenOne Inter-

active Network und Teads) generierten über 30 Millionen Sichtkontakte sowie über 100.000 Klicks, die auf die Website diechemie.at führten. Der Fokus lag hier vor allem auf einer gaming-affinen Zielgruppe, die durchschnittlich 17 Minuten auf der Seite verbrachte. Das Spiel schien zu fesseln.

Die TV-Kampagne lief ebenfalls von Mitte September bis Ende Dezember und erzielte eine Nettoreichweite von 3,7 Mio., wobei der Spot, der die Zuseher zu dem Onlinespiel lockte, insgesamt 1.315 Mal ausgespielt wurde. Zu sehen war die Werbung in sämtlichen, in Österreich ausgestrahlten

Fernsehsendern (ORF, ATV, ServusTV, SAT.1, PULS4, RTL, VOX, ...).

Social Media darf natürlich bei einer erfolgreichen Kampagne nicht fehlen. Auf Facebook fand im Oktober ein Gewinnspiel statt, bei dem jeder teilnehmen konnte, der das Onlinespiel gespielt hatte, unabhängig von der erreichten Punktzahl. Zu gewinnen gab es drei VR-Brillen sowie 30 Antivirus-Pakete mit Desinfektionstüchern, Gummihandschuhen, Masken und anderen nützlichen Dingen. Ein Dankeschön an unsere Mitglieder, die uns mit ihren Produkten die Pakete befüllt haben! Das Gewinnspielposting erreichte über 200.000 Facebook-Nutzer und generierte über 100 Teilnehmer beim Gewinnspiel.

Da bereits vorauszusehen war, dass im Herbst pandemiebedingt weniger Leute auf den Straßen unterwegs sein werden, beschränkte sich die Außenwerbung 2020 auf zwei Wochen Infoscreen Anfang September.



Ihre Ansprechpartnerin für die Werbekampagne:
Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at

Dass die chemische Industrie bei der Bewältigung der Corona-Pandemie ein unverzichtbarer Partner ist, zeigten unsere Mitglieder auch durch zahlreiche Initiativen von Desinfektionsmittelspenden für Altersheime und Hilfsorganisationen über Waschmittellieferungen an die Caritas bis zu Forschungsk Kooperationen für Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19. Der FCIO rief seine Mitglieder auf, ihre Beiträge zur Pandemiebekämpfung zu melden und erstellte mit Hilfe der Rückmeldungen eine umfangreiche Tabelle mit dem Namen „Covid-19-Fighters“ auf der Homepage.



Um die Konjunktur wieder anzukurbeln und die Unternehmen zu Investitionen zu ermutigen, rief die Regierung die Investitionsprämie ins Leben, die man ab dem 1. September 2020 beantragen konnte.

Investitionen zur Krisenbewältigung

Das Jahr 2020 stand überwiegend im Zeichen der Krisenbewältigung. Um den wirtschaftlichen Abschwung zu bremsen bzw. Vorkehrungen zur Beschleunigung des Wiederaufschwunges zu treffen, wurde die Investitionsprämie – diese war in der Vergangenheit immer wieder als Konjunkturbelebungsinstrument gefordert worden – eingeführt. Mit dieser wurden alle Anschaffungen von Investitionsgütern mit 7 Prozent prämiert. Für gewisse Bereiche, die der Einsparung von Energie, Minderung des CO₂-Ausstoßes und der Erhöhung des Grades an Digitalisierung dienen, gab es 14 Prozent. Ebenso bekommen alle Investitionen zur Sicherung der Arzneimittelproduktion in Österreich eine Prämie in dieser Höhe auf entsprechende Investitionen. Der Fachverband hat sich insbesondere bei der Ausgestaltung der Förderrichtlinien der AWS für eine möglichst breitflächige Auslegung ausgesprochen, damit Investitionstätigkeiten der Mitgliedsbetriebe der chemischen Industrie möglichst mit 14 Prozent prämiert werden.

Dieser steuerliche Investitionsanreiz wurde von den Firmen sehr gut angenommen,



Foto: © AdobeStock/Watthara

die zu Beginn reservierte eine Milliarde konnte bis Ende 2020 auf 3 Milliarden aufgestockt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Fachverband ein Informationsvideo zu den Einreichmodalitäten mit Herrn Mag. Leutgeb von der AWS produziert und sämtlichen Interessenten in unserem ExtraNet zur Verfügung gestellt.

Ebenso durch die Pandemiebekämpfung veranlasst, aber insgesamt sehr kritisch zu sehen, ist die Einführung einer Investitionskontrolle für als kritisch angesehene

Firmenbeteiligungen. Nach intensiven Bemühungen ist es gelungen, den Arzneimittelbereich nur auf zwei Jahre befristet diesem Investitionskontrollgesetz zu unterwerfen.



Ihr Ansprechpartner im Bereich Investitionen:
Dr. Franz Latzko
Telefon: 05/90 900-3367
latzko@fcio.at

Auch wenn die Pandemie gezeigt hat, wie wichtig die chemisch-naturwissenschaftliche Forschung und Entwicklung ist und damit der Nutzen einer guten naturwissenschaftlichen Ausbildung deutlich gemacht werden konnte, so war die Bildungsarbeit des Fachverbands im Pandemiejahr trotzdem herausfordernd.

Bildungsarbeit durch Schulschließungen erschwert

Viele Vorhaben des Fachverbands im Bildungsbereich mussten durch Schulschließungen und starke Einschränkungen bei Lehrerfortbildungen im Jahr 2020 gestrichen werden.

Die Experimentiersets für Volksschulen konnten wegen der Einschränkungen bei Lehrerfortbildungen nur vereinzelt an Schulen verteilt werden. Diese Einschränkungen werden wohl auch die Verteilung der Chemiekoffer im Jahr 2021 weiterhin beeinträchtigen.

Die Chemieolympiadeкурse waren wegen der Schulschließungen nur ein paar Monate vor Pandemiebeginn möglich. Die Organisatoren der Olympiade haben kurzerhand Ersatz-Wettbewerbe auf Online-Basis auf die Beine gestellt. So konnten die besten Chemieschüler Österreichs eruiert und für die internationale Chemieolympiade nominiert werden. Auch diese wurde online ausgetragen und brachte mit zwei Silber- und zwei Bronzemedailles erfreuliche Erfolge. Auf das Chemiecamp im Sommer, an dem alle, die bei der österreichischen Chemieolympiade angetreten sind, teilnahmeberechtigt sind, musste leider heuer verzichtet werden.

Glücklicherweise konnte zumindest die Ehrung der vorwissenschaftlichen Arbeiten durch ein Online-Meetingtool ausgetragen werden. Auch einzelne Lehrerfortbildungen in den Sommerferien waren möglich. Der Chemielehrerkongress, der für das Frühjahr 2021 angekündigt war und die größte Fortbildungsveranstaltung für Chemielehrer darstellt, musste aber leider pandemiebedingt abgesagt werden.



Ihre Expertin für Bildungsthemen:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at



Mag. Kurt Leutgeb

aws, Geschäftsfeld Garantien | Eigenkapital

Kurt Leutgeb von der aws informierte via Livestream die Teilnehmer über Details zur Investitionsprämie und zu den Förderrichtlinien.



Ähnlich schwierig wie die Bildungsarbeit gestaltete sich der Bereich Veranstaltungen. Die Pläne des Fachverbands im Bereich der Veranstaltungen konnten 2020 pandemiebedingt nur schwer umgesetzt werden. Bei Informationsevents, die eine virtuelle Ausrichtung zuließen, wurde auf Livestreams umgestellt, Konzepte, bei denen das Networking eine wichtige Rolle spielt, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Veranstaltungen

Webinar Investitionsprämie

Das Informationsbedürfnis rund um die Investitionsprämie war allerdings so hoch, dass sich der Fachverband kurzfristig Ende August dazu entschloss, ein Webinar mit dem zuständigen Geschäftsfeldleiter „Garantien und Eigenkapital“ in der aws, Mag. Kurt Leutgeb, zu organisieren, der Details zur Investitionsprämie und zu den Förderrichtlinien erklärte. Anschließend konnten die Teilnehmer mittels Chatfunktion Fragen an ihn richten, die noch im Livestream beantwortet wurden.



Die Transformation in Richtung Bioökonomie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und bietet große Chancen, die österreichische Wertschöpfung zu stärken. Die Biobasierte Industrie ist der Teilbereich der Bioökonomie, der die Rohstoffverarbeitung im Fokus hat und den gesamten Wertschöpfungsprozess vom biogenen Rohstoff bis zum fertigen Produkt umfasst. Beim Stakeholderdialog Biobased Industry wurden die neuesten Entwicklungen aus diesem Bereich präsentiert.



Stakeholderdialog Biobased Industry

Der Fachverband lud im Dezember als Kooperationspartner des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) zum ersten virtuellen Stakeholderdialog Biobased Industry ein.

Mehr als 200 Teilnehmer folgten via Livestream der Veranstaltung mit dem diesjährigen Thema „Bioraffinerien und Kreislaufwirtschaft“. Bei der Bekämpfung der Klimakrise [...] „spielen integrierte und gesamtheitliche Ansätze eine entscheidende Rolle“, sagte Bundesministerin Leonore Gewessler in ihrer Begrüßungsrede, „die kombinierte Betrachtung von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft kann uns dabei maßgeblich weiterhelfen“. Ein wichtiger Schritt wird in Österreich mit der FTI-Initiative Kreislaufwirtschaft gesetzt, welche im Frühjahr 2021 starten wird.

Bioraffinerien sind ein Schlüssel zum Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungskreisläufe in einer nachhaltigen Bioökonomie. Ein Rohstoff für Bioraffinerien mit viel Potenzial ist Lignocellulose-

sche Biomasse. Anton Friedl und Martin Miltner von der TU Wien stellten in ihrem Einführungsvortrag aktuelle Bioraffineriekonzepte vor und gaben einen Einblick in die Lignocellulose-Bioraffinerie an der TU Wien. Josef Innerlohinger (Lenzing AG) stellte die neue Renewable Carbon Initiative vor und aktuelle Entwicklungen in Österreich zum Aktionsplan Bioökonomie und zur Kreislaufwirtschaft wurden von René Albert (BMK) präsentiert. Darüber hinaus wurden aktuelle Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Themenfeld Biobasierte Industrie aus der FTI-Initiative Produktion der Zukunft und dem Bio-Based Industries Joint Undertaking vorgestellt.



Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at

GREEN DEAL

Klimawandel, Klimakrise, Klimaschutz ...

Es vergeht kaum ein Tag, an dem das Wort „Klima“ nicht in irgendwelchen Schlagzeilen auftaucht. Die Klimakrise wurde neben der Pandemie zum Topthema der gesellschaftlichen und medialen Aufmerksamkeit und hat demzufolge auch Einzug in die Politik genommen. Im Dezember 2019 stellte die damals neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den „Green Deal“ vor und legte damit nach gerade einmal 11 Tagen im Amt neue Klimaziele für Europa fest. Bis zum Jahr 2050 soll die EU vollständig klimaneutral wirtschaften, das heißt unterm Strich gar keine Emissionen mehr verursachen. Auch eine Verschärfung des Klimaziels für 2030 war gleich in Planung: 55 Prozent Treibhausgasreduktion verglichen mit dem Basisjahr 1990. Im Jahr 2020 war dann sogleich mit ersten Vorarbeiten und Weichenstellungen zur Erreichung der Ziele zu rechnen.

Umgestaltung der EU-Wirtschaft für eine nachhaltige Zukunft: Der europäische Grüne Deal

Ambitioniertere Klimaschutzziele der EU für 2030 und 2050	Versorgung mit sauberer, erschwinglicher und sicherer Energie	Mobilisierung der Industrie für eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft	Energie- und ressourcenschonendes Bauen und Renovieren
Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt	Ökosysteme und Biodiversität erhalten und wiederherstellen	„Vom Hof auf den Tisch“: ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem	Raschere Umstellung auf eine nachhaltige und intelligente Mobilität

Mobilisierung von Forschung und Förderung von Innovation

Finanzierung der Wende

Die Kommission hat zahlreiche Ziele definiert, in deren Namen sie nun Strategien und Aktionspläne ableitet (siehe Abbildung Seite 15). Viele für die chemische Industrie relevante Strategien zu den einzelnen Bereichen des Green Deals wurden im Jahr 2020 bereits veröffentlicht, auch ein Entwurf für ein europäisches Klimagesetz.

Der Weg zur Klimaneutralität

Einen wesentlichen Schwerpunkt des im Dezember 2019 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierten Europäischen Green Deal (EGD) stellen die Politikbereiche Energie und Klima dar. Wichtigstes Ziel: Bis 2050 sollen keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden und Innovationen sollen bei der Zielerreichung eine Schlüsselrolle spielen. Die Kommission sieht den Green Deal als Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll.

In Folge wurde bereits im März 2020 der Entwurf eines EU-Klimagesetzes vorgelegt, in dem unter anderem für die EU ein Klimaneutralitäts-Ziel bis spätestens 2050 festgeschrieben wird. Weiters will die EU-Kommission die CO₂-Reduktionsverpflichtung bis 2030 von derzeit 40 Prozent auf 55 Prozent erhöhen. Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich nach langem Ringen im Dezember 2020 auf dem EU-Gipfel ebenfalls darauf, dass die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent reduziert werden sollen, nachdem das Europäische Parlament im Oktober eine Reduktion um 60 Prozent gefordert hat. Der derzeit stattfindende Wettlauf um immer höhere Ziele hat jedoch mit einer vernünftigen Klimastrategie wenig zu tun. Anstatt des Mottos „wer bietet mehr“ müssen vielmehr konkrete Maßnahmen, im Vordergrund stehen. So gilt es, den European Green Deal um wichtige Bausteine

zu ergänzen. Dazu zählen etwa langfristig ausgerichtete Investitionsprogramme oder die passenden Rahmenbedingungen für die Wasserstoffproduktion.

Eindämmung von Wettbewerbsverzerrungen durch CO₂-Grenzausgleichsmechanismus

Die Europäische Kommission plant außerdem im Rahmen des European Green Deals einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) einzuführen, mit dem Wettbewerbsverzerrungen, die sich durch die europäische Klimapolitik ergeben, vermieden oder ausgeglichen werden sollen. Nach einer bereits durchgeführten EU-Konsultation ist in Folge mit einem CBAM-Vorschlag der Europäischen Kommission im 2. Quartal 2021 zu rechnen. Aus Sicht des Fachverbands reicht ein CBAM allein nicht aus, um das Risiko von Carbon Leakage zu vermindern und die Industrie in die Lage zu versetzen, ihre Klimaziele zu erreichen. Es ist daher zwingend erforderlich, dass der Carbon Leakage Schutz (direkt und indirekt) im Rahmen des Emissionshandelssystems der EU mindestens bis zum Ende der 4. Handelsperiode 2030 umfassend und vollständig aufrecht bleibt bzw., so notwendig, auch ausgeweitet wird. Da erste CBAM-Ideen der Kommission nur am EU-Markt wirken, müssen daher auch Exporte umfassend mitberücksichtigt werden.

Überarbeitung sämtlicher Rechtsakte

Um die ehrgeizigen Klimaziele für 2030 bzw. 2050 zu erreichen, plant die Europäische Kommission außerdem eine Vielzahl von europäischen Rechtsakten zu

überarbeiten. Dazu gehören unter anderem die Emissionshandels-RL, die Energieeffizienz-RL (EED), die RL Erneuerbare Energien (RED), sowie die EU-Lastenteilungs-Verordnung. Für diese Rechtsakte hat die Kommission bereits entsprechende Konsultationen gestartet, an denen sich der Fachverband im Wege der WKÖ beteiligt hat. Mit einer Vorlage der jeweiligen Entwürfe durch die Kommission ist im Laufe des Jahres 2021 zu rechnen.

Der Fachverband unterstützt grundsätzlich die Ziele des European Green Deals. Die Bekämpfung des Klimawandels ist jedoch eine globale Herausforderung, die nur von der EU mit anderen wichtigen Wirtschaftsmächten gemeinsam gelöst werden kann. Je anspruchsvoller die Vorgaben für weitere – über die bereits geltenden – strengen – Standards hinausgehende Maßnahmen sind, umso besser und wirkungsvoller muss der Schutz gegen Carbon Leakage und neue einseitige Kostennachteile im internationalen Standortwettbewerb ausgestaltet werden.



Ihr Experte für Umwelt- und Anlagenrecht:

Dr. Reinhard Thayer
Telefon: 05/90 900-3365
thayer@fcio.at

FCIO-STUDIE Die chemische Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040

Die chemische Industrie ist eine Schlüsselindustrie für die Dekarbonisierung: Fast alle Green Deal-Lösungen wie Sonnenkollektoren, Batterien, Windturbinen und Wasserstoff bis hin zu Gebäudeisierungen und leistungsstärkere Elektronik brauchen Stoffe aus der chemischen Industrie. Gleichzeitig muss aber auch die Branche selbst künftig klimaneutral produzieren, was mit einem deutlich höheren Energiebedarf verbunden ist. In einer 2018 veröffentlichten Untersuchung belief sich der zusätzliche benötigte erneuerbare Strom auf mehr als 60 TWh, was etwa 60 Kraftwerken der Größenordnung des Donaukraftwerks Freudenau entspricht.

Auf diese Berechnungen aufbauend hat der Fachverband eine Folgestudie in Auftrag gegeben und prüfen lassen, wie eine klimaneutrale Produktion mit einem deutlich niedrigeren Bedarf an zusätzlichem erneuerbarem Strom umgesetzt werden könnte. Die Ergebnisse zeigen, dass neben der Verwendung von erneuerbarem Wasserstoff und dem Einsatz von biobasierten Produkten der Schlüssel zur Dekarbonisierung in einer massiven Forcierung von Kunststoffrecycling liegt. Da Treibhausgase erst bei der Verbrennung von Kunststoffen emittiert werden, nicht jedoch wenn diese im Kreislauf geführt werden, könnten in Österreich so jährlich bis 2,4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Durch die Wiederverwertung von Kunststoffen könnte bis 2040 gleichzeitig die für die Dekarbonisierung der Branche zusätzlich benötigte Energie von 60 auf 30 TWh halbiert werden. Bei der Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen wird häufig unterschätzt, welche großen Treibhausgas-Reduktionspotenziale eine umfassende Kreislaufwirtschaft beisteuern könnte. In der Chemieindustrie in Österreich würde der zusätzliche Energiebedarf für die Dekarbonisierung durch Kunststoffrecycling um die Hälfte sinken. Die Unternehmen der Branche arbeiten bereits intensiv an technischen Lösungen für die Transformation. Die Energie- und Klimawende kann nur gelingen, wenn alle Potenziale ausgeschöpft werden. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung von Wasserstofftechnologien braucht es die Kreislaufwirtschaft als dritte große Säule auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Anerkennung von Recyclingmaßnahmen Voraussetzung

Um die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für die Klimawende nutzen zu können, ist die Anerkennung von Recycling als Klimaschutzmaßnahme Vorausset-

zung. Dazu fehlen jedoch noch die gesetzlichen Regelungen, denn derzeit wird die Wiederverwertung von Kunststoffen nicht als Beitrag der Branche zum Klimaschutz anerkannt. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, wird dringend die EU-weite Anerkennung von Kunststoffrecycling als Dekarbonisierungsmaßnahme benötigt, wenn bei der Produktion auf originäre fossile Rohstoffe verzichtet wird. Ebenso wichtig ist die rechtliche Gleichstellung von chemischem Recycling.

CO₂-neutrale Chemie durch Technologiemix aus Recycling, Wasserstoff und Biomasse

Neben der Forcierung von Kunststoffrecycling hat insbesondere der Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff eine entscheidende Bedeutung auf dem Weg zu einer klimaneutralen Produktion in der Chemieindustrie. Eine Schlüsseltechnologie dabei ist der Einsatz von Carbon Capture and Usage (CCU) Konzepten, bei denen beispielsweise Ethylen oder Propylen zur Herstellung von Kunststoffen aus einer Mischung von erneuerbarem Wasserstoff und CO₂ erzeugt werden. Das dafür notwendige Kohlenstoffdioxid kann aus industriellen Prozessen oder Kraftwerksabgasen abgetrennt werden, wodurch massive Treibhausgaseinsparungen erzielt werden. Ein ebenfalls vielversprechender Weg zur Neusynthese chemischer Stoffe liegt im Einsatz von biobasierten Rohstoffen, wobei eine kaskadische Nutzung angestrebt und Flächenkonkurrenz vermieden werden muss.

Klimaneutralität braucht wettbewerbsfähige Strompreise

Entscheidend für eine erfolgreiche Transformation der chemischen Industrie sind letztendlich vor allem ökonomische Faktoren. Das betrifft insbesondere die Kosten für die Entwicklung der neuen Technologien und den Aufbau der nötigen Infrastruktur, sowie die laufenden Kosten für Strom. Die Erzeugungskosten von grünem Wasserstoff hängen maßgeblich von den Energiekosten ab. Um Klimaneutralität erreichen zu können, ist es zwingend notwendig, dass ausreichend erneuerbarer Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht.

Doch der Green Deal bezieht sich nicht ausschließlich auf das Klima. Europa soll zur Vorzeigeregion für Nachhaltigkeit werden. Dazu zählt jegliche Vermeidung von Schadstoffen. „Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt“ lautet der Name des Bestrebens, mit dem die Kommission jegliche Schadstoffe vermeiden will. Diesem Ziel zuzuordnen ist etwa der EU Zero Pollution Action Plan, für den die Europäische Kommission Anfang Oktober 2020 eine Roadmap vorgestellt hat, gefolgt von einer Konsultation. Mit einer Veröffentlichung des Aktionsplanes ist im 2. Quartal 2021 zu rechnen.

Die betroffenen Rechtsbereiche sind vordergründig Luft, Wasser sowie Boden. Hinzu kommen dann aber noch das Abfallrecht, das Lärmschutzrecht, das Naturschutzrecht, die Sektoren Verkehr und Finanz sowie als grundsätzliche Emittentengruppen Landwirtschaft, Haushalte, Industrie und für uns besonders von Bedeutung: das Chemikalienrecht. Als Teil dieses „Null-Schadstoffe-Ziels“ hat die EU-Kommission daher Mitte Oktober 2020 ihre „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“ mit mehr als 50 geplanten Maßnahmen veröffentlicht. Die Strategie ist der erste Schritt zu einer schadstofffreien Umwelt. Sie soll innovative Lösungen für sichere und nachhaltige Chemikalien fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien verbessern. Die Umsetzung wird weitreichende Folgen für die chemische Industrie haben. „Alles dreht sich um die Zirkularität von Chemikalien und deren Wiederverwertung“, betonte Bjorn Hansen, Leiter der Europäischen Chemikalienagentur ECHA. „Wir müssen in der Lage sein, eine nachhaltige Chemikalie zu definieren und diese Definition beizubehalten, damit in den nächsten Jahrzehnten Investitionen getätigt werden können, um Chemikalien dieser Art zu entwickeln.“

EU-Chemikalienstrategie Innovations- und Wachstums- impulse zur Umsetzung des Green Deals notwendig

Die EU-Kommission möchte Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen und nachhaltigen Kontinent machen. Ziel des ehrgeizigen Maßnahmenpakets, das noch vor Beginn der Corona-Pandemie vorgestellt wurde, ist der grundlegende Umbau von Industrie, Energieversorgung, Verkehr und Landwirtschaft. Dabei geht es um weit mehr als Treibhausgasneutralität.

In ihren Plänen hat die Behörde ein generelles Null-Schadstoff-Ziel vorgesehen. Als wesentlichen Baustein zu dessen Verwirklichung hat die EU-Kommission Mitte Oktober 2020 die „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“ vorgestellt. Dort sind mehr als 50 Einzelmaßnahmen beschrieben, was die ambitionierten Ziele des Green Deals zusätzlich unterstreicht.

Künftig sollen nur noch sichere und nachhaltige Chemikalien bei der Produktion von Alltagsgegenständen verwendet werden. Schadstofffreie Werkstoffkreisläufe sollen entstehen. Dafür möchte die EU-Kommission den Rechtsrahmen stärken, vereinfachen und ausbauen. Die umfassende Wissensbasis über Chemikalien, die unter REACH bereits vorhanden ist, soll weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt wird eine europäische Führungsrolle beim internationalen Chemikalienmanagement angestrebt.

Drastische Änderungen des Chemikalienrechts anstatt kontinuierlicher Weiterentwicklung geplant

Der europäische Rechtsrahmen für Chemikalien zählt bereits heute zum umfassendsten und fortschrittlichsten Standard weltweit und stützt sich auf eine mit außergewöhnlichem Aufwand erreichte Datenbasis zu den Eigenschaften von Chemikalien und deren Verwendung. Trotzdem sind weitere Änderungen und Verschärfungen der REACH- und der CLP-Verordnung sowie mehrerer produktspezifischer Regelungen geplant. Ein Legislativvorschlag zur Änderung von REACH soll bereits 2022 vorliegen: Beschränkungen von Chemikalien in Verbraucherprodukten und eventuell auch in professionellen Verwendungen sollen künftig oft ohne vorherige Risikobewertung und Konsultation der Hersteller im Schnellverfahren erfolgen. Bestimmte Polymere sollen registrierungspflichtig werden. Geprüft wird auch die Einführung eines Bewertungsfaktors für mögliche Kombinationseffekte von Stoffen.

Unter CLP sollen mehrere neue Gefahrenklassen für endokrine Disruptoren und persistente Chemikalien eingeführt werden, teilweise unabhängig von internationalen Entwicklungen. Die Chemikalienstrategie führt auch neue Begriffe ein wie „sichere und nachhaltige Chemikalien“, „bedenkliche Stoffe“ oder „essenzielle Verwendungen“, die für künftige Regelungen von entscheidender Bedeutung sein werden.



Foto: © AdobeStock/Michael Zapryhin

Mehr Innovations- und Wachstumsimpulse dringend notwendig

Weit weniger konkret ist die Chemikalienstrategie, wenn es um konkrete Maßnahmen zur Förderung der Herstellung und des Einsatzes von sicheren und nachhaltigen Chemikalien geht. Verstärkt sollen bereits bestehende EU-Förderinstrumente für den Ausbau der grünen Chemie genutzt, innovative Geschäftsmodelle – wie etwa das Chemikalienleasing – ausgebaut und die Nachhaltigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette – bis hin zur Verwertung von Abfällen – bereits am Beginn der Entwicklung neuer Chemikalien gezielt berücksichtigt werden.

So positiv das Konzept „Sustainable-by-Design“ auch klingt, so dringend ist ein besseres Gleichgewicht zwischen Verboten von Chemikalien auf der einen und der Forcierung von Technologielösungen auf der anderen Seite notwendig, um die Corona-Krise erfolgreich zu meistern und den Green Deal Wirklichkeit werden zu lassen.

Innovationen brauchen Planungssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen

Entscheidungen müssen auch weiterhin faktenbasiert getroffen werden, mit wissenschaftlichen Kriterien als Basis. Nur so können Mensch und Umwelt adäquat vor schädlichen Einflüssen von Chemikalien geschützt und das Vertrauen in die zuständigen Institutionen – allen voran die EU-Agenturen ECHA und EFSA – erhöht werden.

Weiters wird es notwendig sein, durch verstärktes internationales Engagement gleiche Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb von Europa sicher zu stellen, um weitere Verlagerungen der Chemieproduktion nach Asien und Amerika zu verhindern. Importe von Produkten, die außerhalb der EU hergestellt wurden, müssen den gleichen Maßstäben unterliegen. Es ist niemandem geholfen, wenn die Herstellung und Verwendung von Stoffen in der EU zwar verboten wird, diese aber weiterhin überall sonst produziert werden dürfen und anschließend beispielsweise in importierten Fertigprodukten wieder zurück nach Europa kommen.

Intensiver weiterer Dialog notwendig

Die vorgesehenen Folgenabschätzungen müssen all diese Fragen genau berücksichtigen, am besten in einer umfassenden Analyse aller vorgelegten Maßnahmen gleichzeitig. Die Veröffentlichung der Strategie ist ein wichtiger Schritt, für die Entwicklung eines geeigneten Rechtsrahmens für Chemikalien steht die wirkliche Arbeit in den kommenden Jahren aber erst bevor. Der Fachverband wird sich intensiv und konstruktiv in die Diskussionen einbringen und Vorschläge für eine ausgewogene Umsetzung der Strategie unterbreiten. Verlässliche und richtige Signale sind dringend notwendig, damit die erforderlichen Investitionen zur Verwirklichung des Green Deals getätigt werden und eine starke Chemieindustrie in Europa entscheidend zur Bewältigung der jetzigen, aber auch zukünftigen Krisen beitragen kann.



Ihr Experte für
Chemikalienrecht:
Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900-3348
gruendling@fcio.at



Ihre Expertin für
Chemikalienrecht:
Dr. Susanne Gfatter
Telefon: 05/90 900-3369
gfatter@fcio.at

Beim Übergang zur Klimaneutralität darf natürlich die Industriepolitik nicht außer Acht gelassen werden. Die jährliche Rohstoffgewinnung hat sich im Zeitraum 1970 bis 2017 weltweit verdreifacht und nimmt weiter zu. Wasserknappheit, Treibhausgasemissionen und Biodiversitätsverlust – all das sind Folgen der rücksichtslosen Rohstoffgewinnung und Verarbeitung von Materialien, Brennstoffen und Lebensmitteln. Die europäische Industrie hat bereits einen Wandel eingeleitet, ist allerdings immer noch zu linear, da gerade einmal 12 Prozent ihrer verwendeten Werkstoffe aus Recycling stammen. Maßnahmen, die dem Ziel „Mobilisierung der Industrie für eine nachhaltige und kreislauforientierte Wirtschaft“ zuzuordnen sind, sollen den Übergang der Industrie in der EU zu einem nachhaltigen Modell für integratives Wachstum unterstützen und beschleunigen. Im März 2020 veröffentlichte die Kommission eine EU-Industriestrategie, um die doppelte Herausforderung des ökologischen und des digitalen Wandels anzugehen.



Foto: © AdobeStock/artjazz

Die Industriestrategie – ein Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit

Mit ihrer „Neuen Industriestrategie für Europa“ legt die Kommission dar, wie sie sich die Entwicklung der Industrie in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vorstellt. Dabei wurden drei Schlüsselprioritäten formuliert: die Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und gleicher Wettbewerbsbedingungen in der EU und weltweit, ein klimaneutrales Europa bis 2050 und die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas.

Die Industriestrategie kann als Grundlage für die Umsetzung einer Industriepolitik gesehen werden, um die Transformation des europäischen Green Deal in der EU-Industrie zu beschleunigen. Es wird darauf ankommen, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt werden, um diese Ziele zum Wohl aller Europäerinnen und Europäer sowie der europäischen Unternehmen zu erreichen. Positiv ist anzuerkennen, dass die Kommission die große Bedeutung der europäischen Industrie für unseren Kontinent anerkennt. Erfreulich ist die Einrichtung eines Industrieforums, bei dem die Vertreter der Sozialpartner der Industrie (einschließlich KMU), Wissenschaftler sowie die Mit-

gliedstaaten und EU-Institutionen gemeinsam über mögliche Maßnahmen beraten.

Um einen starken und gut funktionierenden EU-Binnenmarkt zu bewahren, will die Kommission Importe verstärkt kontrollieren, um jene, die den EU-Vorschriften nicht entsprechen, rascher zu identifizieren. Die bessere Durchsetzung in diesem Bereich soll insbesondere durch den Einsatz digitaler Lösungen und Tools zur Erkennung und Bekämpfung nicht konformer Produkte erfolgen. Auch hier bleibt abzuwarten, wie die konkrete Umsetzung vorantgetrieben soll.

Die chemische Industrie begrüßt die Schaffung wichtiger Allianzen in der Wertschöpfungskette, einschließlich der Allianz für kohlenstoffarme Industrien und der Allianz für sauberen Wasserstoff, um ein nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Ökosystem von EU-Unternehmen zu entwickeln, die an diesen strategischen Technologien arbeiten. Unternehmen und Behörden sollen hierbei Hand in Hand arbeiten, um erforderliche Technologien, Investitionsbedarf und regulatorische Hürden zu identifizieren.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Vorschläge tatsächlich zur Lösung von Problemen auf Unternehmensebene oder im Umgang mit Vollzugsbehörden beitragen. Nur wenn es der Kommission gelingt, die Mitgliedstaaten bei der Auslegung der EU-Rechtsvorschriften angemessen zu leiten und Umsetzungs- und Durchsetzungsprobleme anzugehen, wird dieses Maßnahmenpaket nützlich werden.

Dabei muss klar sein: Es gibt keinen europäischen Green Deal ohne eine starke europäische Industrie der Zukunft. Vor allem auch die chemische Industrie spielt beim Wandel zu einer nachhaltigeren Zukunft eine wesentliche Rolle, da sie bei beinahe allen nachhaltigen Schlüsseltechnologien involviert ist. Eine grüne Zukunft der EU ist nur mit einer starken chemischen Industrie möglich.



Ihre Ansprechpartnerin für die Industriestrategie:
Mag. Sylvia Hofinger
Telefon: 05/90 900-3371
hofinger@fcio.at

Zusammen mit der Industriestrategie soll ein neuer „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“ dazu beitragen, die Wirtschaft der EU zu modernisieren und die Möglichkeiten im Bereich der Kreislaufwirtschaft auf nationaler und globaler Ebene zu nutzen. Ein zentrales Ziel des neuen politischen Rahmens wird darin bestehen, die Entwicklung von Leitmärkten für klimaneutrale und kreislauforientierte Produkte in und außerhalb der EU voranzutreiben.

Kreislaufwirtschaft

Die EU-Kommission hat im März 2020 den Aktionsplan CEAP – Circular Economy Action Plan – als wesentlichen Teil des Green Deals veröffentlicht, um die Kreislaufwirtschaft weiter auszugestalten. Der Aktionsplan zielt mit Maßnahmen entlang des gesamten Lebenszyklus von Produkten darauf ab, die europäische Wirtschaft fit für eine grüne Zukunft zu machen, die Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt zu stärken und den Verbrauchern neue Rechte zu geben. Der Plan konzentriert sich auf die Gestaltung und Produktion für eine Kreislaufwirtschaft, um sicherzustellen, dass die eingesetzten Ressourcen so lange wie möglich in der EU-Wirtschaft gehalten werden.

Verringerung bzw. Recyclierbarkeit von Verpackungen im Fokus

Die Zielsetzungen reichen von der nachhaltigen Gestaltung von Produkten bis zur Vermeidung von Abfällen. Man will sich mit der Ausweitung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten auf besonders ressourcenintensive Branchen wie Elektronik und IKT, Batterien und Fahrzeuge, Verpackungen, Kunststoffe, Bauwesen und Gebäude sowie Lebensmittel konzentrieren. Die meisten der 35 „key actions“ sind für das Jahr 2021 geplant, zu mehreren haben die Arbeiten bereits im vergangenen Jahr begonnen. Ein großer Teil des CEAP wird sich in den kommenden Jahren dem Abfallbereich widmen.

Die grundlegenden Anforderungen an Verpackungen sollen adaptiert werden – und zwar in Richtung Verringerung der (Über-)Verpackung sowie hinsichtlich Gestaltung zur Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit. Die Planungen schließen auch Beschränkungen für die Verwendung von Verpackungsmaterialien für bestimmte

Anwendungen ein, insbesondere wenn alternative wiederverwendbare Lösungen möglich sind oder Konsumgüter ohne Verpackung sicher gehandhabt werden können. Auch die Anzahl der notwendigen Materialien inklusive der verwendeten Polymere wird hier diskutiert.

Renovierungen verstärken

Im Rahmen der Strategie für eine nachhaltige bauliche Umwelt wurde im Oktober 2020 die Renovation Wave veröffentlicht, die darauf abzielt, die Renovierungsraten in den nächsten zehn Jahren mindestens zu verdoppeln und sicherzustellen, dass Renovierungen zu einer höheren Energie- und Ressourceneffizienz führen. Die Kommission geht davon aus, dass bis 2030 35 Millionen Gebäude renoviert und bis zu 160.000 zusätzliche grüne Arbeitsplätze im Bausektor geschaffen werden könnten. Im Konkreten ist hierbei die Änderung der EU-Bauproduktenverordnung geplant, zu der bereits der Review-Prozess gestartet wurde. In Planung sind Zielvorgaben für die stoffliche Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen und ihren materialspezifischen Fraktionen sowie Anforderungen an den Rezyklatanteil für bestimmte Bauprodukte.

Im Februar 2021 hat das Europäische Parlament einen umfangreichen Initiativbericht zum Circular Economy Action Plan mit großer Mehrheit angenommen, Aktivitäten in Richtung Kreislaufwirtschaft werden von allen Parlamentsfraktionen einhellig begrüßt.

Auf Wettbewerbsfähigkeit achten

Der FCIO befürwortet die Ziele des neuen Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft, insbesondere die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und den Unternehmen Hilfestellungen zu bieten, sich auf

eine „grüne Zukunft“ vorzubereiten. Sekundärrohstoffe für Unternehmen der EU leichter und in einer höheren Qualität verfügbar zu machen, schützt Unternehmen vor außereuropäischen Abhängigkeiten. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des ersten Kreislaufwirtschaftspakets inklusive der Europäischen Kunststoffstrategie noch lange nicht abgeschlossen ist. Bereits jetzt neue Ziele zu verordnen, bringt die europäische Wirtschaft in einen deutlichen Wettbewerbsnachteil. Nach wie vor fehlen EU-weit harmonisierte Definitionen von Rezyklat und Rezyklierbarkeit von Verpackungen, sowie eine einheitliche Tracking- und Sortiertechnologie. Ohne diese Festlegungen scheidet eine sinnvolle, konzentrierte Produktentwicklung, die zur Zielerfüllung beiträgt.

Nationale Umsetzung begonnen

Auf nationaler Ebene hat das Bundesministerium für Klimaschutz die Arbeiten zur Erstellung einer österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie begonnen und damit einen Schritt zur Umsetzung des Regierungsprogramms sowie zur Erfüllung des Green Deals der Europäischen Union gesetzt. Sie soll Impulse für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft möglichst frei von fossilen Rohstoffen und einer effizienten Nutzung von Ressourcen, die maximal im Kreislauf geführt werden, geben. Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie soll von einer FTI-Initiative begleitet werden.



Ihre Ansprechpartnerin für Kreislaufwirtschaft:
Dr. Susanne Gfatter
Telefon: 05/90 900-3369
gfatter@fcio.at

Überblick EU Green Deal Maßnahmen

Neben dem Klimagesetz, der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, dem Aktionsplan Kreislaufwirtschaft und der Industriestrategie veröffentlichte die Kommission 2020 auch eine europäische Biodiversitätsstrategie 2030 und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, die im Besonderen die Pflanzenschutz- und Düngemittelbranche betreffen (mehr dazu beim Branchenbericht

zu Pflanzenschutz auf Seite 38). All diese Vorhaben werden nun sukzessive mit weiteren legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen mit Leben erfüllt. Auf den kommenden Seiten finden Sie einen Überblick über alle bereits veröffentlichten und auch noch zu erwartenden Maßnahmen zum Green Deal.

EU Green Deal: Maßnahmen	Datum	Verantwortlich
Klimaambitionen		
Vorschlag für ein europäisches „Klimagesetz“ zur Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 + Klimaziel 2030	Mär.20	Reinhard Thayer
Vorschläge für die Überarbeitung der einschlägigen Legislativmaßnahmen zur Erreichung der ambitionierteren Klimaschutzziele	Jun.21	Reinhard Thayer
ETS-Richtlinie	Nov.20	Reinhard Thayer
Energieeffizienz-RL	Nov.20	Reinhard Thayer
Erneuerbaren-RL	Nov.20	Reinhard Thayer
Lastenteilungsverordnung	Nov.20	Reinhard Thayer
Vorschlag für eine Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie	Jul.20	Reinhard Thayer
Vorschlag für ein CO ₂ -Grenzausgleichssystem für ausgewählte Sektoren	Jul.20	Reinhard Thayer
Saubere, erschwingliche und sichere Energie		
Strategie für eine intelligente Sektorenintegration	Jul.20	Reinhard Thayer
Initiative „Renovierungswelle“ für den Bausektor	2020	Susanne Gfatter
Bewertung und Überprüfung der Verordnung über die transeuropäische Energieinfrastruktur	2020	Reinhard Thayer
Strategie für Offshore-Windenergie	Nov.20	Reinhard Thayer
Industriestrategie für eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft		
EU-Industriestrategie		
Eine neue Industriestrategie für Europa	Mär.20	Christian Gründling
Langfristiger Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften	Mär.20	Christian Gründling
Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, einschließlich ...	Mär.20	Susanne Gfatter
Verbindliche Anforderungen an den Gehalt an recyceltem Kunststoff und Maßnahmen zur Verringerung von Kunststoffabfällen für wichtige Produkte wie Verpackungen, Baustoffe und Fahrzeuge	2021/2022	Susanne Gfatter
Maßnahmen zur Verringerung der unbeabsichtigten Freisetzung von Mikroplastik	ab 2021	Susanne Gfatter
Besorgniserregende Stoffe in recycelten Materialien und Erzeugnissen; harmonisiertes Informationssystem	ab 2021	Susanne Gfatter
Politikrahmen für biobasierte Kunststoffe und biologisch abbaubare oder kompostierbare Kunststoffe	ab 2021	Susanne Gfatter
EU-Strategie für Textilien	Jän.21	Franz Latzko
Strategie für eine nachhaltige bauliche Umwelt	ab 2021	Klaus Schaubmayr
Initiative zur Ersetzung von Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck durch wiederverwendbare Produkte in Verpflegungsdienstleistungen	ab 2021	Susanne Gfatter
... einer Initiative für nachhaltige Produkte, mit besonderem Schwerpunkt auf ressourcenintensiven Sektoren wie dem Textil-, Bau-, Elektronik- und Kunststoffsektor	ab 2020	Klaus Schaubmayr
Initiative für nachhaltige Produkte	Sep.20	Klaus Schaubmayr
Umweltleistung von Produkten & Unternehmen – Nachweise; Werbeaussagen	Aug.20	Klaus Schaubmayr
Stärkung der Position der Verbraucher beim grünen Wandel	ab 2020	Klaus Schaubmayr
Verbindliche GPP-Kriterien und -Zielvorgaben in sektorspezifischen Rechtsvorschriften und schrittweise Einführung einer obligatorischen GPP Berichterstattung	ab 2021	Klaus Schaubmayr
Vorschläge für Rechtsreformen im Bereich Abfallwirtschaft		
Überprüfung zur Verschärfung der grundlegenden Anforderungen an Verpackungen und zur Verringerung von (übertrieben aufwendigen) Verpackungen sowie von Verpackungsabfällen	Sep.20	Susanne Gfatter
Überprüfung der Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten und Leitfäden zur Klärung ihrer Verbindungen zu REACH und Ökodesign-Anforderungen	ab 2021	Susanne Gfatter
Festlegung des Rahmens für die Entwicklung weiterer EU-weiter Kriterien für das Ende der Abfalleigenenschaft und für Nebenprodukte	ab 2021	Susanne Gfatter
Überarbeitung der Vorschriften für die Verbringung von Abfällen	ab 2021	Susanne Gfatter
Zielvorgaben für die Abfallreduzierung bei bestimmten Abfallströmen und andere Maßnahmen zur Abfallvermeidung	ab 2022	Susanne Gfatter
EU-weit harmonisiertes Modell für die getrennte Sammlung von Abfällen und die Kennzeichnung zur Erleichterung der getrennten Sammlung	ab 2022	Susanne Gfatter

EU Green Deal: Maßnahmen	Datum	Verantwortlich
Nachhaltige und intelligente Mobilität		
Prüfung legislativer Optionen, um die Produktion und Bereitstellung nachhaltiger alternativer Kraftstoffe für die verschiedenen Verkehrsträger zu fördern	ab 2020	Reinhard Thayer
Überarbeiteter Vorschlag für eine Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr	ab 2021	Christian Gründling
Überprüfung der Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und der Verordnung über das transeuropäische Verkehrsnetz	ab 2021	Reinhard Thayer
Initiativen zur Erhöhung und besseren Verwaltung der Kapazitäten des Schienenverkehrs und der Binnenwasserstraßen	ab 2021	Christian Gründling
Vorschlag für strengere Grenzwerte für Luftschadstoffemissionen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor	ab 2021	Reinhard Thayer
Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Gemeinsamen Agrarpolitik		
Strategie „Vom Hof auf den Tisch“	Mai.20	Dominique Schröder
Überarbeitung der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden	Jän.21	Dominique Schröder
Erleichterung des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit biologischen Wirkstoffen	Q4 2021	Dominique Schröder
Überarbeitung der Verordnung über Statistiken zu Pestiziden	2023	Dominique Schröder
Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften über Lebensmittelkontaktmaterialien	Q4 2022	Susanne Gfatter
Maßnahmen, einschließlich legislativer Maßnahmen, zur deutlichen Verringerung des Einsatzes und des Risikos chemischer Pestizide sowie des Einsatzes von Düngemitteln und Antibiotika	ab 2021	Dominique Schröder
Erhaltung und Schutz der Biodiversität		
EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030		
Erarbeitung rechtsverbindlicher EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur	Mär.20	Dominique Schröder
Überprüfung und mögliche Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber	Jän.21	Dominique Schröder
Bodenstrategie	ab 2021	Dominique Schröder
Feb.21	Dominique Schröder	
Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt		
Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien		
Kriterien für sichere und nachhaltige Chemikalien; Leistungsindikatoren für die Herstellung	Okt.20	Christian Gründling
Änderung der CLP-Verordnung	ab 2021	Christian Gründling
Änderung der REACH-Verordnung	ab 2021	Christian Gründling
Festlegung von Kriterien für wesentliche Verwendungszwecke (Ausnahme für Beschränkungen)	2021–2022	Christian Gründling
Vorschläge zur Erweiterung des allgemeinen Ansatzes für das Risikomanagement	ab 2022	Christian Gründling
Endokrine Disruptoren: Informationsanforderungen zur Identifizierung; Regelung in mehreren Rechtsakten	ab 2021	Susanne Gfatter, Dominique Schröder
„Ein Stoff – eine Bewertung“ (inklusive Neuverteilung der Aufgaben der Agentur)	ab 2021	Christian Gründling
Besorgniserregende Stoffe in recycelten Materialien und Erzeugnissen; harmonisiertes Informationssystem	ab 2021	Susanne Gfatter
Exportverbot für in der EU-beschränkte Chemikalien	ab 2023	Klaus Schaubmayr
Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden		
EU Luftqualitätsrichtlinie	Nov.20	Reinhard Thayer
Überprüfung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung durch große Industrieanlagen	Dez.20	Reinhard Thayer
Überarbeitung Industriemissionsrichtlinie (IED)	Dez.20	Reinhard Thayer
Überarbeitung EU PRTR	Dez.20	Reinhard Thayer
Einbeziehung der Nachhaltigkeit in alle Politikbereiche der EU		
Neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen	Nov.20	Reinhard Thayer
Überprüfung der einschlägigen Leitlinien für staatliche Beihilfen, darunter auch die Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen	ab 2021	Reinhard Thayer
Ausrichtung aller neuen Initiativen der Kommission an den Zielen des Grünen Deals sowie Innovationsförderung	ab 2020	Franz Latzko
Ermittlung von Unstimmigkeiten in Rechtsvorschriften durch die Interessenträger und Beseitigung dieser Unstimmigkeiten, die die Wirksamkeit der Umsetzung des europäischen Grünen Deals beeinträchtigen	ab 2020	Alle

CORONA-KRISE STOPPT MASSNAHMEN IM CHEMIKALIENRECHT NICHT

REACH trotz langjähriger Erfahrung immer wieder eine Herausforderung

Im Rahmen der Verordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien, kurz REACH, wurde die weltgrößte, öffentlich zugängliche Chemiedatenbank etabliert. Umfangreiche Informationen zu den Eigenschaften und der sicheren Verwendung werden im Rahmen der REACH Registrierungen gesammelt. Diese auf aktuellem Stand zu halten, ist eine der großen Herausforderungen für die Unternehmen der chemischen Industrie – auch in Zeiten der Corona-Krise.

Die Übermittlung der Dossiers an die europäische Chemikalienagentur ist aber nur der Beginn der Maßnahmen unter REACH. Zusätzliche Informationen werden im Zuge der Evaluierung durch ECHA oder die Mitgliedstaaten gefordert und weitere Risikomanagementmaßnahmen vorge-

schlagen. Die Zulassung wird gerne als Startschuss für die Substitution von besonders besorgniserregenden Stoffen gesehen und gewinnt immer mehr an Bedeutung: 211 Stoffe wurden bis Anfang 2021 als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter Stoffe, die als Lösungsmittel und Katalysatoren für Teilbereiche der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 54 Stoffe unterliegen mittlerweile dem Zulassungsverfahren. Die Möglichkeiten und Grenzen der Substitution waren auch Gegenstand des Workshops „Problematische Chemikalien ersetzen“, den der Fachverband gemeinsam mit dem Umweltministerium und der umweltpolitischen Abteilung der WKÖ organisierte.

Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH

ständig weiter. Wesentliche Produktbereiche der chemischen Industrie können davon betroffen sein, jüngste Beschränkungen betreffen beispielsweise Siloxane oder Diisocyanate. Die wohl politisch bedeutendste Beschränkung, die derzeit in Diskussion steht, ist die Beschränkung von Mikroplastik in verschiedensten Gemischen, wie zum Beispiel Detergenzien, Kosmetika, Bioziden und Pflanzenschutzmitteln. Anfang 2021 wurde zu dieser geplanten Regelung die Stellungnahme der relevanten ECHA-Ausschüsse für Risikobeurteilung und sozio-ökonomische Analyse an die EU-Kommission zur weiteren Formulierung der rechtlich bindenden Beschränkung übermittelt, die im heurigen Jahr intensiv diskutiert wird.

Doch welche Eigenschaften machen Stoffe besorgniserregend und damit zum Gegenstand von regulatorischen Risikomanagementmaßnahmen? Der Fokus im Chemikalienrecht verschiebt sich von den klassischen CMR-Eigenschaften mehr und mehr auf endokrine Disruptoren und andere umweltrelevante Eigenschaften, wie Persistenz, Bioakkumulation und Mobilität. Hier ist insbesondere auch die Schnittstelle zum Abfallrecht zu beachten: Mit Beginn des Jahres 2021 müssen SVHC-Stoffe in Erzeugnissen an die europäische Chemikalienagentur gemeldet werden. Ziel dabei ist, die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings durch verbesserte Informationen entlang der gesamten Lieferkette von Erzeugnissen bis hin zur Abfallverwertung weiter zu steigern. Dass bereits jetzt intensiv über künftige Registrierungen von bestimmten Polymeren im Rahmen von REACH nachgedacht wird, ist angesichts der EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit wenig verwunderlich. Eines ist damit aber sicher: REACH wird in Zukunft für noch mehr Unternehmen innerhalb der chemischen Industrie eine Herausforderung werden.

Umfangreiche Rezepturmeldung von Gemischen mit Ende 2020 in Kraft

Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Gemischen nach den Regeln des UN-GHS sind mehr als ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten der CLP-Verordnung zur Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch wird der Aufwand zur Erfüllung aller CLP-Pflichten nicht weniger. Ständig neue oder überarbeitete harmonisierte Einstufungen stellen eine beachtliche Herausforderung dar. Die Neueinstufung von pulverförmigem Titandioxid als möglicherweise krebserzeugend ist das beste Beispiel dafür. Aber auch die Umstufung von vielen Wirkstoffen für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte (z.B. Propiconazol, MIT) bringt gravierende Konsequenzen mit sich; primär aufgrund der direkten rechtlichen Verknüpfung der Einstufung mit dem Risikomanagement von Chemikalien. Mit der neuen EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit sollen diese generischen Beschränkungsansätze auf Basis der Einstufung sogar noch deutlich ausgebaut werden.

Zusätzlich stand das vergangene Jahr für viele Mitgliedsunternehmen im Zeichen der Vorbereitung auf die neue Rezepturmeldung von Gemischen an die Vergiftungsinformationszentralen. Die EU-weiten Vereinheitlichungen und ein zentrales Übermittlungsportal, für das sich der Fachverband intensiv eingesetzt hat, sollten zwar auf längere Sicht Einsparungspotenzial bringen, bis dahin stellt sie aber eine zusätzliche Aufgabe dar.

Ihre Experten für Chemikalienrecht:



Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900-3348
gruendling@fcio.at



Dr. Susanne Gfatter
Telefon: 05/90 900-3369
gfatter@fcio.at



Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900-3373
schroeder@fcio.at



Foto: © AdobeStock/xyz+

Weitere EU-Regelungen mit geändertem österreichischen Chemikaliengesetz zu beachten

Im Dezember 2020 wurden Änderungen im österreichischen Chemikaliengesetz veröffentlicht. Neben der Verankerung der harmonisierten Gemischmeldung in Österreich und der Umsetzung der abfallrechtlichen Verpflichtung zur Mitteilung von SVHC-Stoffen an die europäische Chemikalienagentur wurde vor allem die neue EU-Verordnung über Ausgangsstoffe für Explosivstoffe in Österreich verankert. Privatpersonen können bestimmte Stoffe, die für die unerlaubte Herstellung

von Explosivstoffen verwendet werden können, nur mehr nach erfolgter Genehmigung durch die Bezirksverwaltungsbehörden beziehen. Zusätzliche Pflichten zur Information in der Lieferkette und zur Meldung bei verdächtigen Informationen an das Bundeskriminalamt wurden EU-konform umgesetzt. Außerdem wurden die Bestimmungen im Fluorierte Treibhausgase-Gesetz 2009 nachgeschärft, um gezielter gegen unerlaubt in Verkehr gebrachte Kältemittel vorgehen zu können.

Foto: © AdobeStock/SIV Stock Studio





Foto: © AdobeStock/clairelucia

EU-BIOZIDPRODUKTERECHT EIN HEMMSCHUH ZU BEGINN DER CORONA-PANDEMIE

Massiv erhöhter Bedarf an Desinfektionsmitteln nur schwierig zu decken

Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie in Europa zeigt sich, dass das EU-Biozidprodukterecht in einer derartigen Notsituation äußerst schwierig zu handhaben ist, trotz Anstrengungen bei allen Beteiligten. In den EU-Mitgliedstaaten gab es vollkommen unterschiedliche Herangehensweisen, um die Produktionskapazitäten von wirksamen Hände- und Flächendesinfektionsmitteln in kurzer Zeit drastisch zu steigern. Die rasche Verfügbarkeit von Wirkstoffen, die den biozidrechtlichen Vorgaben entsprechen, ist in Ausnahmesituationen ebenso ein Problem, wie der jeweilige Status der Zulassungspflicht bei unterschiedlichen Wirkstoffen.

Auch reagierten die EU-Mitgliedstaaten vollkommen unterschiedlich: in manchen Ländern wurden Notfallzulassungen direkt durch die Behörden auf Basis von vorgegebenen Rezepturen, beispielsweise durch Allgemeinverfügungen erteilt, in anderen – so auch in Österreich – musste um eine Notfallzulassung angesucht werden. Die Wirtschaftskammer Österreich beantragte diese Zulassung mit tatkräftiger Unterstützung des Fachverbands für die Mitglieder mit Erfahrung bei der chemischen Herstellung. Diese wurde letztlich rasch und unbürokratisch durch das Klimaschutzministerium erteilt und war bis Ende August gültig. So konnte – nach einigen Anfangsschwierigkeiten – der Bedarf an Desinfektionsmitteln gedeckt werden: einerseits passten Betriebe, die schon davor Desinfektionsmittel herstellten, ihr Produktportfolio rasch an, andererseits unterstützten auch viele andere Betriebe der chemischen Industrie mit einer kurzfristigen Produktionsänderung die Beseitigung des Desinfektionsmittelengpasses.

Die hohen Anforderungen des EU-Biozidrechts führen allerdings nicht nur in der Corona-Sondersituation zu Schwierigkeiten. Die Anzahl von wirksamen Konservierungsmitteln hat sich in den letzten Jahren von mehr als 140 auf etwa 50 drastisch reduziert; und auch diese stehen aufgrund der biozidrechtlichen Vorgaben vor dem Aus. Neue innovative Wirkstoffe sind leider nicht in Sicht. Neben der verschärften Einstufung gemäß CLP-Verordnung spielen hier auch die Kriterien für endokrine Disruptoren eine entscheidende Rolle, die Wirkstoffe automatisch zu Substitutions-

Wirkstoffe für Topfkonservierung werden immer weniger

kandidaten machen. Nur eine ganzheitliche, vergleichende Betrachtung der Gruppe von Konservierungsmitteln anstelle von isolierten Bewertungen einzelner Wirkstoffe kann hier zu einer pragmatischen Bewertung führen. Nur so werden auch in Zukunft ausreichend Konservierungsmittel für wasserbasierte Gemische zur Verfügung stehen.



Ihre Expertin für Biozidrecht:

Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900-3373
schröder@fcio.at

Im Sommer wurde schließlich auch das Biozidproduktegesetz angepasst. Neben der Möglichkeit, notwendige Risikomanagementmaßnahmen durch Leitlinien näher zu beschreiben und für bestimmte Produktarten eine Sachkunde für die Herstellung und Verwendung per Verordnung festzulegen, wurden auch die Gebührenregelungen angepasst. Außerdem wurden die Bestimmungen für den Vollzug geändert und in einer weiteren Novelle zu Jahresende gänzlich an die Vorgaben der EU-Marktüberwachungsverordnung angepasst.

Anpassungen der biozidrechtlichen Regelungen in Österreich

Nur so werden auch in Zukunft ausreichend Konservierungsmittel für wasserbasierte Gemische zur Verfügung stehen.



Ihr Experte für Biozidrecht:

Dr. Klaus Schaubmayr
Telefon: 05/90 900-3749
schaubmayr@fcio.at

KLIMA, KUNSTSTOFF, PHARMA: SCHWERPUNKTE IN DER MEDIENARBEIT

Im Fokus: Die einfach verständliche Vermittlung der Bedeutung der Chemieindustrie für den Klimaschutz, die Gesundheit und unseren Alltag.

2020 war der öffentliche Diskurs sehr stark von der globalen Covid-19-Pandemie geprägt. Andere wichtige Themen erlangten meist nur in Kombination mit Corona eine größere Aufmerksamkeit in der medialen Arena. Dennoch wurden seitens des Fachverbands eine Vielzahl an kommunikativen Maßnahmen getroffen, um die relevanten Themen der Chemieindustrie zu platzieren.

Zu Beginn des Jahres wurde die Ende 2019 begonnene Informationskampagne zur chemischen Industrie fortgeführt. Dabei wurden in den Tageszeitungen Die Presse, Der Standard, Krone und Kurier mittels leicht verständlicher und lebensnaher Advertorials wichtige Themen der Chemieindustrie der breiten Bevölkerung nähergebracht. Schwerpunkte lagen in der Vermittlung der Bedeutung von Kunststoffen im Alltag, Entwicklungen in der Kreislaufwirtschaft, die zentrale Rolle der che-

mischen Industrie und ihrer Produkte für den Klimaschutz ebenso wie die Themen aus dem Pharmabereich, Innovation, Forschung und Entwicklung sowie die wirtschaftliche Bedeutung der Chemieindustrie für Österreich.

Einblicke in F&E in der chemischen Industrie konnten auch mehrfach über Platzierungen zukunftsreicher Projekte und Entwicklungen im wöchentlich erscheinenden Sonderteil „Forschung Spezial“ in der Tageszeitung Der Standard erreicht werden. So erschienen detaillierte Artikel zu High-Tech-Kunststoffen in der E-Mobilität, wie Frauen die heimische Pharmaforschung vorantreiben, zu chemischem Recycling und Kreislaufwirtschaft, wie Klimaneutralität in und mit der Chemieindustrie erzielt werden kann und welche essenzielle Bedeutung Lacke und Kunststoffe für die Erzeugung erneuerbarer Energie haben.

Das in der Öffentlichkeit umkämpfte Thema Kunststoff war im Herbst 2020 auch das Thema einer Kooperation mit dem Kurier. Auf 20 Seiten wurden in einer redaktionellen Beilage verschiedene Einsatzbereiche des flexiblen Wertstoffs näher beleuchtet. In einer ausgewogenen und konstruktiven Weise berichteten die Journalisten und Journalistinnen über unterschiedliche Gesellschaftsbereiche, in denen Kunststoffe eine große Bedeutung für unseren Alltag haben. Vom Einsatz im Haushalt, Sport und in der Elektronik über die Bereiche Bauen und Wohnen sowie Klimaschutz und Verpackungen bis hin zu moderner Medizin wurde in der österreichweit publizierten Sonderbeilage informiert.

Zum Jahresende wurden in einer Inseratenkampagne in mehreren großen Medien die Leistungen der chemischen Industrie 2020 vermittelt. Ein emotionalisierendes Sujet, das auch auf die wichtige Arbeit in der Corona-Krise Bezug nimmt, wurde in den Magazinen Profil, News und Trend sowie in der Tageszeitung Die Presse veröffentlicht. Auch in den Social Media Kanälen des FCIO fand diese Botschaft einen großen, positiven Anklang.

2021 werden die Themen Kunststoff, Klima und Pharma weiterhin eine wichtige Rolle in der Kommunikationsarbeit des Fachverbands einnehmen. Vor allem die einfach verständliche Vermittlung, welche wichtige Rolle die Chemieindustrie und ihre Produkte für unseren Alltag, Gesundheit und Klimaschutz spielt.



Ihr Ansprechpartner für Medienarbeit:

Mag. Andreas Besenböck
Telefon: 05/90 900-3372
besenboeck@fcio.at



Foto: © AdobeStock/BillionPhotos.com

FORSCHUNGSPOLITIK UNTER DEM EINDRUCK DER PANDEMIE UND DES GREEN DEALS

Beim Thema Forschung bildeten sich im Jahr 2020 zwei Bereiche der Fokussierung ausgehend von der europäischen Ebene heraus. Einerseits wurden pandemiebedingt für den Gesundheitsbereich Sonderbudgets für die Forschung von Arzneimittelwirkstoffen (insbesondere Impfstoffe) bereitgestellt. Aber auch langfristige Förderprogramme widmen sich der Erforschung von neuen Therapien. Andererseits kommt es durch den Green Deal zur Ausbildung des zweiten Fokus, der sich auf die Bekämpfung des Klimawandels durch Energieeffizienz und Minderung des Kohlendioxidausstoßes konzentriert. In Zukunft soll gut ein Drittel der Fördermittel diesem Ziel gewidmet werden. Dazu wurde mit dem Abschluss der Verhandlungen zum nächsten Rahmenprogramm Horizont Europa die Ausrichtung für die nächsten Jahre gesetzt.

Eine Wandlung haben die bisherigen ‚Gemeinsamen Unternehmungen‘ erfahren: Die neue ‚Innovative Health Initiative‘ tritt nach dem neu aufgesetzten Modell der Partnerschaft die Nachfolge mit stark ausgeweiteten Fokus für die sehr erfolgreiche Innovative Medicines Initiative an. Als private Partner werden in Zukunft nicht nur die Arzneimittelindustrie, vertreten durch EFPIA, sondern eine Reihe von weiteren europäischen Dachverbänden, insbesondere aus dem Medizinproduktebereich, die Projekte mitbestimmen. Mithilfe der Partnerschaft für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa sollen wichtige Ansätze für Biomasse als Rohstoff für die Industrie und die Bewirtschaftung in Kreisläufen kombiniert vorangetrieben werden. Auf österreichischer Ebene



Ihr Experte für Forschungsfragen:
Dr. Franz Latzko
 Telefon: 05/90 900-3367
 latzko@fcio.at

wird, ausgelöst durch die Festlegungen auf Europäischer Ebene, die Programmlinie Produktion der Zukunft neu ausgerichtet und sich voraussichtlich sehr stark an den Zielen des Green Deals orientieren. Die FFG hat bei dieser Gelegenheit angekündigt, in allen Programmlinien, auch den rein nationalen, Kriterien zur Erreichung der Ziele des Green Deals einzuführen und auf möglichst breiter Basis Beiträge einzufordern. So ist zu erwarten, dass auch das Ziel einer Kreislaufwirtschaft mit erhöhter Aufmerksamkeit der Fördergeber rechnen darf.

Auch hinsichtlich des neuen Merkmals der Missionsorientierung sind intensive Vorbereitungen unternommen worden. Die Missionen ‚Bekämpfung von Krebs‘ und ‚Bewältigung des Klimawandels‘

werden besondere Bedeutung für die Branche haben. Neben der Forschungsförderung sollen auch in allen Politikbereichen Maßnahmen gesetzt werden, die diese Mission unterstützen.

In Österreich wurde auch in der COVID-19-Krise daran gearbeitet, sich im Rahmen der Erstellung der FTI-Strategie 2030 auf das zukünftige Rahmenprogramm der EU vorzubereiten. Ein wichtiger Aspekt dieser Strategie ist ein Maßnahmenbündel, mit dem die öffentliche Hand die Teilnahme österreichischer Unternehmen bei den EU-Partnerschaften und Missionen fördern und damit ihre Erfolgsquote und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen will.

Aktionsplan Geistiges Eigentum

Die Europäische Kommission (EK) hat im November 2020 einen Aktionsplan zum ‚Schutz geistigen Eigentums‘ vorgestellt. Die Europäische Kommission (EK) möchte mit diesem Aktionsplan die Stärkung der Durchsetzungsmöglichkeiten für die Rechte an geistigem Eigentum, eine Harmonisierung im Gebiet der ergänzenden Schutzzertifikate – diese sind insbesondere für Arzneimittel von Bedeutung –, den Kampf gegen den Diebstahl von geistigem Eigentum sowie die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erreichen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen besondere Förderung zur Erlangung und Wahrung des Schutzes ihres geistigen Eigentums erhalten.



Foto: © AdobeStock/Gorodenkoff

UMWELT & ANLAGENRECHT

„Beste verfügbare Technik“ für chemische Prozesse

Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IED) wurde die Anwendung der „besten verfügbaren Technik“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht. Der Fachverband begleitet daher schon seit vielen Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs. Dies geschieht einerseits durch Mitarbeit in den jeweiligen nationalen Arbeitskreisen des Umweltbundesamtes sowie in den relevanten BREF-Arbeitsgruppen des europäischen Chemieverbandes Cefic.

Von großer Bedeutung ist das neue BREF WGC (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector), mit dem für den gesamten Sektor der chemischen Industrie die beste verfügbare Technik im Bereich Abluftbehandlung erarbeitet werden soll. Nachdem im zweiten Halbjahr 2018 ein europaweiter Datenerhebungsprozess innerhalb der chemischen Industrie durchgeführt wurde, hat das Europäische IPPC-Büro (EIPPCB) in Sevilla nach Auswertung der Daten Ende November 2019 einen ersten Entwurf dieses BREFs veröffentlicht. Dieser Entwurf wurde in Folge im Februar 2020 im nationalen Arbeitskreis intensiv mit Vertretern des Umweltbundesamtes sowie relevanter Ministerien diskutiert. Für das 2. Quartal 2021 ist in Folge das „Final Meeting“ geplant, mit dem das BREF WGC auf Ebene der Technical Working Group (TWG) finalisiert werden soll. Mit einer Veröffentlichung dieses BREFs ist in Folge im Jahr 2022 zu rechnen.



Ihr Experte für Umwelt- und Anlagenrecht:

Dr. Reinhard Thayer
Telefon: 05/90 900-3365
thayer@fcio.at

NEUERUNGEN BEI RESPONSIBLE CARE

Cefic hat sein freiwilliges Responsible Care-Management-Framework für Europa erneuert, das nun auch die Standards und globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) berücksichtigt.

Es ist nach den sechs Elementen der Responsible Care Global Charter gegliedert und soll zu einem harmonisierten Ansatz von Responsible Care auf globaler Ebene beitragen. Das Ergebnis zeigt, inwieweit Responsible Care im Unternehmen implementiert ist und soll die kontinuierliche Verbesserung unterstützen. Das Responsible-Care-Management-Framework (pdf-Handbuch), in dem der Gesamtansatz erläutert wird, das Responsible-Care-Selbstbewertungstool (Excel-Multiple-Choice-Fragebogen) sowie FAQs sind auf der Cefic-Website abrufbar. Cefic hat das Responsible-Care-Selbstbewertungstool bei einer gemeinsamen Sitzung im FCIO interessierten Unternehmen vorgestellt.

2020 ist es gelungen, Professor Michael Struckl als Responsible Care-Auditor zu gewinnen, der viele Jahre das Industrieanlagenrecht im Ministerium mitgestaltet hat. Nun werden die Unternehmen von den RC-Auditoren Gamerith, Reinthaler und Struckl bei der Umsetzung der Responsible Care-Initiative unterstützt.

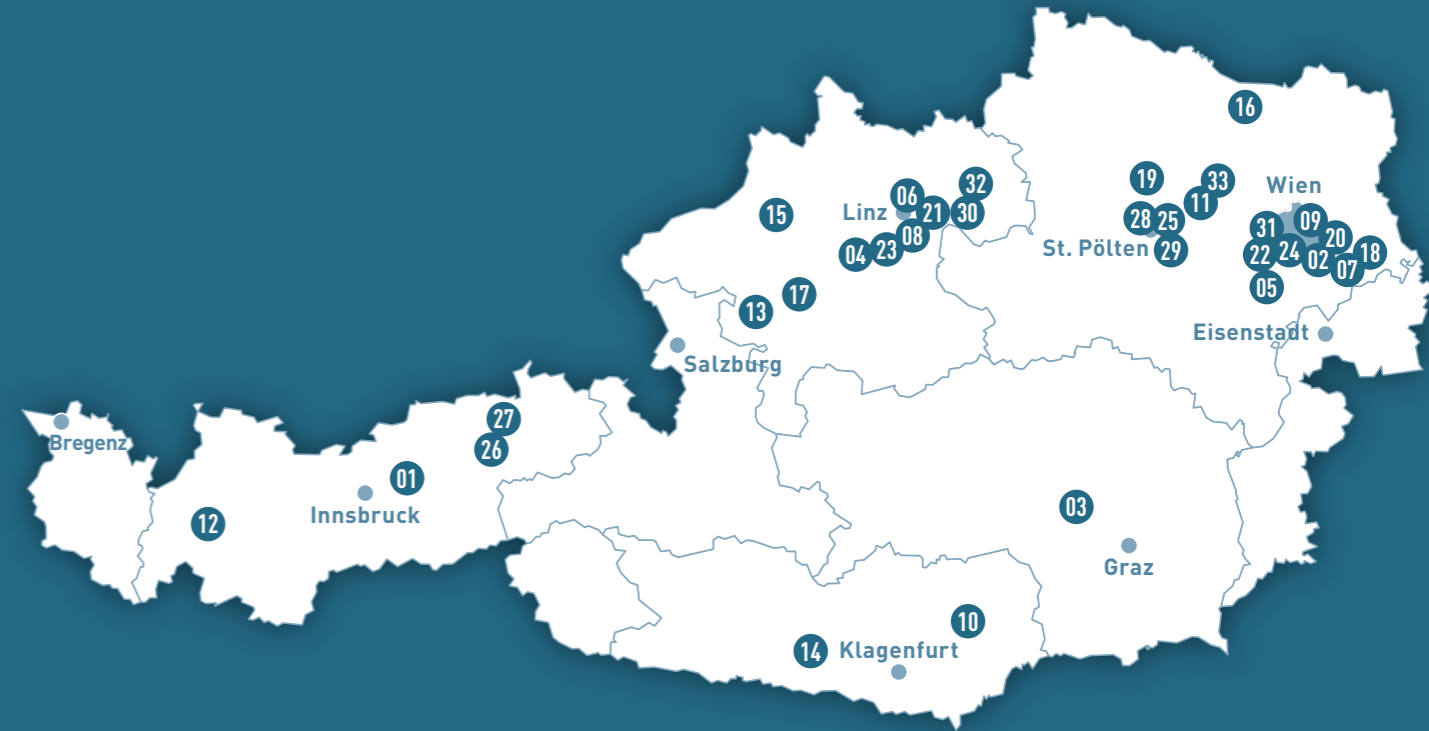
Wieder erfolgreich bestanden

AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf, METADYNEA Austria GmbH, Krems, REMBRANDTIN Coatings GmbH, Wien sowie SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg



Ihre Ansprechpartnerin für die Initiative Responsible Care:

Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900-3373
schroeder@fcio.at



Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:

- 01 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz
- 02 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat
- 03 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz
- 04 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels
- 05 AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf
- 06 BOREALIS Agrolin Melamine GmbH, Linz
- 07 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth
- 08 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz
- 09 DIC Performance Resins GmbH, Wien
- 10 DONAU CHEMIE AG, Brückl
- 11 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf
- 12 DONAU CHEMIE AG, Landeck
- 13 EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee
- 14 EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein
- 15 INTERNORM Bauelemente GmbH, Sarleinsbach
- 16 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen
- 17 LENZING AG, Lenzing
- 18 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend
- 19 METADYNEA Austria GmbH, Krems
- 20 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silber-Scheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien
- 21 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz
- 22 PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf
- 23 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding
- 24 REMBRANDTIN Coatings GmbH, Wien
- 25 SALZER Formtech GmbH, St. Pölten
- 26 SANDOZ GmbH, Kundl
- 27 SANDOZ GmbH, Schafftenau
- 28 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf
- 29 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg
- 30 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg
- 31 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien
- 32 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg
- 33 Donauchem GmbH, Pischelsdorf

Auch chemienahe Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet:



Responsible Care
Verantwortung hat Zukunft

BREXIT

Vorrangiges Thema im Außenhandel 2020

Das Vereinigte Königreich und die EU haben sich nach zehn Monaten Verhandlungen „last minute“ auf ein Abkommen geeinigt, das die künftigen Beziehungen regelt. Für österreichische Unternehmen, die geschäftlich im Vereinigten Königreich aktiv sind, änderten sich

mit dem Jahreswechsel zu 2021 die Rahmenbedingungen grundlegend. Denn trotz Einigung beider Seiten auf ein neues Handels- und Kooperationsabkommen bedeutete der Brexit jedenfalls neue Hürden, Einschnitte und Störungen im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich. Unternehmen mussten mit Friktionen im Handel von Waren und Dienstleistungen rechnen.

Für Importeure von Chemikalien gilt es seit 1.1.2021, die britischen REACH-Regeln zu befolgen. Zulassungsanträge, die unter EU-REACH eingereicht wurden und für die es eine Entscheidung bis zum

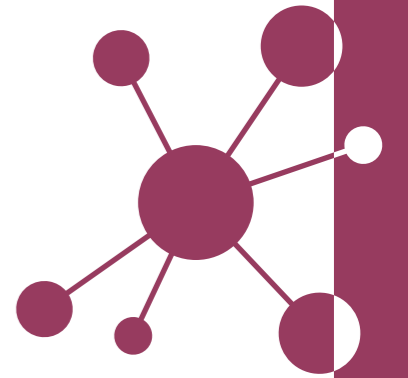
31. Dezember 2020 gab, sind auch unter UK-REACH gültig. Seit dem Jahreswechsel müssen neue Zulassungen separat für Großbritannien erlangt werden.

Auch wenn die Medien kaum davon berichteten, gab es weitere handelspolitische Abkommen im Jahr 2020. Hier wäre zum Beispiel das Freihandelsabkommen zwischen EU und Vietnam zu nennen, das mit August in Kraft getreten ist. Bereits im April haben die Europäische Union und Mexiko das letzte noch ausstehende Element der Aushandlung ihres neuen Handelsabkommens abgeschlossen.



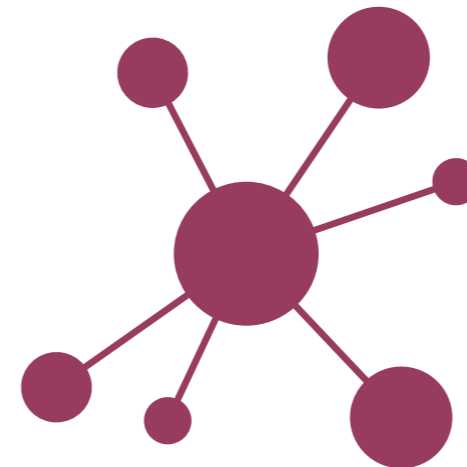
Ihr Ansprechpartner für Außenhandel:

Dr. Klaus Schaubmayr
Telefon: 05/90 900-3749
schaubmayr@fcio.at



DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Die Covid-19-Pandemie ging an keiner Branche der chemischen Industrie spurlos vorüber. Fehlende staatliche Aufträge, fehlende Rohstoffe, fehlende Nachfrage oder fehlende Mitarbeiter bei höchster Auslastung – jeder Sektor hatte seine Herausforderungen zu bewältigen.



Pharmazeutische Industrie	34
Kunststoffindustrie	36
Pflanzenschutz	38
Düngemittel	39
Waschmittel, Kosmetik, Aerosole	40
Lack- und Anstrichmittelindustrie	42
Holzschutzmittel	43
Technische Gase 2020	44
Kautschukverarbeitende Industrie	44
Biokraftstoffe – die Verkehrswende ist keine Einzelmaßnahme	45
Fasererzeuger	46
Bauklebstoffindustrie	46
Bitumenemulsionsindustrie	46



Foto: © AdobeStock/Feydzhel Shabanov

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Hochkonjunktur und Einbruch

Wirtschaftlich war 2020 eine Berg- und Talfahrt für die Branche. Die Pandemie in der erste Lockdown-Phase bedeutete eine Herausforderung für die Pharmaindustrie. Insbesondere Vorratskäufe durch Krankenhausbetreiber und Patienten brachten die Lieferketten, Produktion und Arzneimittellogistik an den Rand ihrer Kapazitäten. Mit Fortdauer der Krise kehrte sich der Effekt ins Gegenteil, denn Arztbesuche gingen stark zurück, mit ihnen auch der Medikamentenverbrauch. Es ist notwendig, Lehren aus der Krise zu ziehen: Die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft liegen in Wissenschaft und Innovationen. Aufgezeigte Strukturschwächen im Krisenfall gilt es durch Neuausrichtung der Beschaffungsstrukturen auf nationaler und europäischer Ebene zu beseitigen.

Mit neuer Koalition ins Jahr gestartet

Zu Beginn 2020 ist von der erstmaligen Koalition aus ÖVP und Grünen ein Regierungsübereinkommen vorgelegen. Dabei findet sich im Kapitel „Gesundheit“ ein Bekenntnis zur qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung, die nachhaltig finanziell abgesichert werden soll. Das Thema Prävention rückt dabei in den Fokus, um niederschweligen Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Eine Weiterentwicklung soll durch Ausbau der Primärversorgungseinheiten, Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe und Anreize erfolgen, die Ärzte im ländlichen Raum halten sollen. Von den konkreten Vorhaben betreffen die Pharmawirtschaft vor allem die Punkte „Bekämpfung von Parallel-Exporten“ von Arzneimitteln, womit einer Forderung der Hersteller Nachdruck verliehen wird und die Wahrscheinlichkeit der Erlassung der bereits an die EU notifizierte Verordnung erhöht wird. Die „Überlegungen zur Sicherung der Arzneimittelversorgung, z.B. Gemeinsamer Einkauf“ wurden ohne nähere Erklärung aufgenommen. Digitalisierungsprojekte in der Gesund-

heitsversorgung, vornehmlich das E-Rezept und die E-Medikation, werden Auswirkungen auf die Pharmawirtschaft haben und ersteres ist vor allem in Sachen Bekämpfung von Lieferengpässen Hoffnungsträger.

Covid-19-Krise stellt das Wirtschaftsleben auf den Kopf

Ab März musste der Fokus auf die Auswirkungen der Covid-19-Krise gelegt werden. Es mussten enorme Anstrengungen unternommen werden, die Auswirkungen auf die Produktion und Patientenversorgung so gering wie möglich zu halten. Die von der Regierung gesetzten Maßnahmen waren schwerwiegend, aber Werksschließungen konnten vermieden werden. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungskette bzw. der strategischen Lieferketten wurden industrielle Produktionsprozesse weitergeführt.

Krise zeigt Schwächen im globalen Handel auf

Mit Fortschreiten der Krise sind Schwächen in der Bedarfsdeckung im Inland aufgezeigt worden. Im Krisenfall erweisen sich die globalen, aber auch innereuropäischen Wertschöpfungsketten als wenig belastbar, was sich für Patienten und Gesundheitssystem als nachteilig erwies. Die Suche nach wirksamen Maßnahmen gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln prägte die Arbeit im Jahr 2020, verstärkt durch die COVID-19-Krise, besonders. Versorgungengpässe haben vielfältige Ursachen. Nachdem in den Vorjahren die Verlagerung der Produktion von Wirkstoffen weg von Europa erfolgt war, zeigte sich 2020 zusätzlich ein Flaschenhals in der Versorgung, bedingt durch Abhängigkeiten und Konzentration auf wenige Hersteller. Die bereits 2019 diskutierte und zum Ausbruch der Krise eingeführte Meldepflicht für Engpassituationen für alle rezeptpflichtigen Arzneimittel erwies sich auch im Krisenfall als sehr hilfreich. Exportverbote (Parallelexport) von dringend im Inland benötigten Arzneimitteln zeigten ihre Wirkung. Eine weitere Maßnahme, um die Krisenfestigkeit zu erhöhen, wird in einer strategischen Bevorratung gesehen. Das BASG möchte dazu als ersten Schritt eine aktive Beobachtung des österreichischen Arzneimittelmarktes hinsichtlich der Verfügbarkeit von versorgungsrelevanten/versorgungskritischen Humanarznei-

mitteln und eine Etablierung von Maßnahmen zur Vermeidung von Lieferengpässen aufsetzen.

Krise als Turbomotor für Forschungsaktivitäten

Akuttherapien gegen COVID-19 und Impfstoffe verzeichneten enorme Aufmerksamkeit und Zuwendung von Geldmitteln. Den Impfstoffherstellern gelangen die Entwicklungen von Vakzinen in der Rekordzeit von einem Jahr anstatt der sonst mindestens notwendigen 5 Jahre. Die Produktion und Verteilungslogistik für diese Impfstoffe konnten mit der unrealistischen Erwartungshaltung von Politik und Gesellschaft aber nicht mithalten, die weder auf die Komplexität der Herstellung noch den benötigten Zeitraum für die Verfügbarkeit großer Impfstoffmengen Bedacht genommen hatten. Weitere Innovationen wie Antikörper aus dem Blutplasma genesener Personen spielten eine besondere Rolle als erste verfügbare Therapie. Mittlerweile können diese durch spezifische monoklonale Antikörper mehr und mehr ersetzt werden.

Digitalisierungsschub sichert Patientenversorgung

Eine der offensichtlichsten Folgen der Krise ist die beschleunigte Einführung von Digitalisierungsmaßnahmen im Gesundheitsbereich. Mit einer Änderung des Gesundheitstelematikgesetzes wurde die E-Medikation sehr rasch aufgewertet. Sie diente als Mittel, um Arztbesuche zwecks dringend gebotener Kontaktminimierung zu vermeiden. Rechtzeitig für die Impfkampagnen wurde auch der elektronische Impfpass eingeführt, mitsamt einer dafür notwendigen Präzisierung der Zugriffsregeln für Gesundheitsdienstleister auf die ELGA-Daten.

Licht und Schatten bei Erstattungsfragen

Mit einer einmaligen Verlängerung der Preisbandregelung ist es erfreulicherweise gelungen, den Preisdruck auf in die Erstattung aufgenommene Arzneimittel

ohne aufrechten Patentschutz zumindest auch für die Jahre 2021 und 2022 zu mildern. Mit einer Änderung des ASVG ist eine weitere Aufforderung und Überprüfung zur Senkung von Preisen für Arzneimittel im Jahr 2021 vorgesehen. Streichungsverfahren sind bis April 2022 weiterhin ausgeschlossen.

Für innovative Arzneimittel, die meist mit Preismodellvereinbarungen in die Erstattung aufgenommen werden, wollte der Dachverband einseitig für die Anbieter nachteilige Klauseln einführen. Nach einer Reihe von rechtlichen Auseinandersetzungen und intensiven Verhandlungen wurden diese größtenteils wieder zurückgenommen.

Vorbereitungen auf das Inkrafttreten der Fälschungsrichtlinie

Die Vorbereitungen auf das Inkrafttreten der Fälschungsrichtlinie sind in Österreich auch im Jahre 2020 durchaus ambitioniert weitergetrieben worden. Das Jahr 2020 war geprägt von einer Startphase in den Echtbetrieb, die deutlich länger geführt werden musste als erwartet. In dieser Startphase mussten Fehler bereits restriktiver gehandhabt werden als in der Stabilisierungsphase. Aus den gesammelten Erfahrungen heraus wurde die Version 4.0 der Kodierregeln entwickelt. Wesentlich ist darin die Empfehlung, den jahrzehntelang verwendeten EAN-13 Barcode nicht mehr auf der Packung anzubringen.

Europäische Arzneimittelstrategie

Die Europäische Kommission präsentierte gegen Ende des Jahres eine umfassende Arzneimittelstrategie. Ein prioritärer Punkt ist die **Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen** und die Entwicklung neuartiger Antibiotika mit Hilfe zusätzlicher Anreize. Daneben soll der Einsatz von Antibiotika optimiert und bei Bedarf beschränkt werden.

Ungedeckten medizinischen Bedarf sieht die EK in Sachen Arzneimittel für Kinder und gegen seltene Krankheiten. Keines-

falls dürfen aus Sicht der Industrie die bestehenden Anreize als solche in Frage gestellt werden. Hier muss das Ziel sein, die Treffsicherheit des Mitteleinsatzes zu erhöhen. Sehr generell sieht die EK es als Problem an, dass der **Zugang zu Arzneimitteln** in Europa ungleich ist. Sie nimmt sich mit der Strategie vor, Innovation, Zugang und Leistbarkeit im Zusammenhang mit Arzneimitteln zu stärken. Sehr positiv von der Industrie aufgenommen werden alle Vorhaben, die eine Stärkung der **europäischen Arzneimittelindustrie** zum Ziel haben. Einer der wichtigsten Aspekte dabei ist, das Patentsystem in Europa zu harmonisieren, das trotz jahrzehntelanger Bemühungen bisher nicht gelungen ist. Dazu ist gleichzeitig die IP-Strategie der EK veröffentlicht worden, die die Details zur Stärkung des Patentrechts darlegt. Ebenso zu begrüßen sind die großen Gemeinschaftsprojekte zur Forschungs- und Innovationsförderung (Industriestrategie, Horizont Europa). **Mit der Förderung von Digitalisierung und digitaler Transformation** im Arzneimittelbereich werden neue Möglichkeiten erschlossen und Effizienzpotenziale gehoben. **Versorgungssicherheit und Krisenfestigkeit** bekommen krisenbedingt auch auf europäischer Ebene hohe Priorität. Verbesserter Datenaustausch soll helfen, die Übersicht zu bewahren und koordinativ tätig sein zu können. Die Unterstützung für den Ausbau und auch Erhalt von Produktionskapazitäten wird von Industrieseite ausdrücklich begrüßt. Die Einrichtung einer europäischen **Agentur für Krisenvorsorge und -maßnahmen**, zusätzlich zu den bestehenden Institutionen, ist in Planung.

Der Europäische Dachverband EFPIA bereitet sich strukturell auf die kommenden Aktivitäten der EK vor und hat einen ‚Country Engagement Effort‘ unternommen, der den Verbänden in den Mitgliedsstaaten maximale Unterstützung in der Interessenvertretung gegenüber den nationalen Behörden bieten soll. Von österreichischer Seite ist ein solches Projekt zur Begleitung der Umsetzung der Arzneimittelstrategie eingereicht und Ende 2020 genehmigt worden. Die Arbeiten wurden Anfang 2021 aufgenommen.

KUNSTSTOFFINDUSTRIE

Wirtschaftslage

Die COVID-Krise brachte auch die Kunststoffbranche in erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen. So reduzierte sich der Produktionswert der Rohstoffproduktion um rund 8 Prozent. Die Produktionswerte der einzelnen Branchen der Kunststoffverarbeitung unterscheiden sich jedoch stark von Produktionszunahme bis zu fast 20-prozentigem Rückgang in der Produktion zum Vorjahreswert. Trotz aller Schwierigkeiten ist die Kunststoffbranche über alle Branchen gesehen bislang zufriedenstellend durch die Krise gekommen. Die Zulieferer spüren, dass der Bereich Aviation und Automotive nach wie vor unter Druck ist, wohingegen sich die Baubranche, ebenso die Lebensmittelindustrie, ausgenommen des Gastro- und Eventbereichs, wieder erholt.

Kopferbrechen bereitet der Branche auch die Versorgungssituation, insbesondere mit Rohstoffen. Es wird von Verknappungen und Force Majeure-Ereignissen berichtet, sowie von stark ansteigenden Rohstoffpreisen. Eine schnelle Entspannung der Verknappungs- und Preissituation wird nicht erwartet. Die Arbeitsmarktsituation ist weiterhin angespannt, gut ausgebildete Fachkräfte sind kaum verfügbar.

Image von Kunststoff geändert

Die Corona-Krise hat die Sichtweise der Bevölkerung auf Kunststoff geändert. Vor allem die Frage der Sicherheit von Lebensmitteln ist in den vergangenen Monaten stärker in den Fokus gerückt. Laut einer Umfrage des FCIO hat sich das Bedürfnis der heimischen Bevölkerung nach hygienischen, keimfreien Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff durch die Corona-Krise deutlich erhöht. Fast jeder zweite Befragte gibt an, dass es wichtig sei, heute darauf zu achten, dass die gekauften Lebensmittel durch Kunststoffverpackungen vor Keimen gut geschützt sind. Vor Corona war es weniger als ein Drittel. Gleichzeitig ist auch die Ablehnung von Kunststoffverpackungen deutlich gesunken.



Schwerpunkt Nachhaltigkeit

2020 wurde auf europäischer Ebene weiter intensiv an der Umsetzung der Kunststoffstrategie gearbeitet, trotzdem sind beispielsweise die europäische und nationale Umsetzung der Einweg-Kunststoff-RL noch nicht abgeschlossen. Die Leitfäden der Kommission sollen Auslegung der Begriffe liefern, die resultierenden Konsequenzen gestalten sich jedoch teilweise problematisch.

Im März 2020 veröffentlichte die Kommission den „Circular Economy Action Plan“ (CEAP) zur Fortführung der 2015 begonnenen Aktivitäten für die Kreislaufwirtschaft. Der FCIO begrüßt die Ziele des neuen Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft, insbesondere die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und den Unternehmen Hilfestellungen zu bieten, sich auf eine „grüne Zukunft“



vorzubereiten. Sekundärrohstoffe für Unternehmen der EU leichter und in einer höheren Qualität verfügbar zu machen, schützt vor außereuropäischen Abhängigkeiten. Ressourcenschonung und Rohstoffgewinnung für die Produktion, die Schaffung von Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen in einem nachhaltigen Umfeld sowie massive Fortschritte beim Klimaschutz: Das sind die wichtigsten Potenziale bei der Transformation zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft. In diesem Sinne sieht der Fachverband den CEAP als wichtigen Schritt für die weitere Ausgestaltung der Vorhaben. Das Bewusstsein für die Herausforderungen im Bereich Nachhaltigkeit ist in der Branche angekommen, ebenso wie Kompetenz und Entschlossenheit, ihren Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften zu leisten.

Um dieses zu verwirklichen, sind Innovationen aus Wissenschaft und Industrie unerlässlich. Einerseits liefert die Kunststoffbranche essenzielle Bausteine für Umwelt- und Klimälösungen wie etwa Windkraftwerke, Photovoltaik-Anlagen oder E-Batterien.

Andererseits wären laut einer Studie im Auftrag des FCIO allein durch umfassendes Kunststoffrecycling enorme Einsparungen bei Treibhausgasen in der Höhe von 2,4 Millionen Tonnen CO₂ jährlich in Österreich möglich. Die Kunststoffindustrie arbeitet mit Nachdruck daran, den Einsatz von Rezyklaten in neuen Produkten kontinuierlich zu steigern. Der Fachverband initiierte Ende 2019 in Kooperation mit dem Umweltministerium

Recycling-Leuchtturm-Projekte, deren Ziel ein nationaler Kreislauf mehrerer Kunststoffarten ist. 2020 wurde intensiv an der Umsetzung gearbeitet, z.B. an einem regionalen Kreislauf für Baugebinde und für Waschmittelflaschen.

Chemikaliengesetzgebung

Die Arbeiten an einer REACH Registrierungsspflicht für Polymere schreiten weiter voran. Das Kommissions-Gremium zur Erarbeitung des Verordnungstextes, in dem der Fachverband vertreten ist, diskutiert intensiv, welche Polymere registrierungspflichtig werden sollen, sowie die notwendigen Informationsanforderungen.

Das Dossier für eine Mikroplastik-Beschränkung im Rahmen der REACH Verordnung wurde 2020 finalisiert. Von einem Verbot werden vor allem Mikroplastik-Partikel in Kosmetika, Reinigungsmitteln und Anstrichmitteln betroffen sein, allerdings sind auch Pflichten für alle Granulathersteller und Verarbeiter vorgesehen. Es wird erwartet, dass die Kommission 2021 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erarbeitet.



Fotos: © AdobeStock/Siriporn, KatyMits, macondos, rdhzi, showcake

PFLANZENSCHUTZ

Innovationskraft erhöhen und Chancen aufzeigen

Der Green Deal der EU-Kommission birgt Risiken für die Versorgung mit Lebensmitteln. Daher fordert die IndustrieGruppe Pflanzenschutz einen Innovation Deal als Ergänzung, der Perspektiven für die Landwirtschaft aufzeigt. Auch für den Forschungsstandort Europa wäre das ein positives Signal.

Landwirte haben zunehmend mehr Aufgaben und Anforderungen zu erfüllen, gleichzeitig verschlechtern sich die Produktionsbedingungen und sinkt die Verfügbarkeit von Wirkstoffen für den Schutz der Kulturpflanzen. Das hat Auswirkungen auf die Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln und – wie sich insbesondere 2020 gezeigt hat – auf die Krisenresilienz der Wertschöpfungskette. Nicht

die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die möglichen Folgen der Farm to Fork- und der Biodiversitätsstrategie als Teil des Green Deals der EU-Kommission diskutiert. Dabei ist es gelungen, mit Vertretern der EU-Kommission, dem Agrar Ausschussvorsitzenden im EU-Parlament, Norbert Lins, und österreichischen Vertretern der Landwirtschaft hochkarätige Diskutanten zu gewinnen. Sie kamen überein: Es braucht eine Abkehr von einer Agrarpolitik des Reduzierens und Verbieters.

IGP fordert Innovation Deal

Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz hat daher im Herbst beim IGP Dialog und bei den Österreichischen Pflanzenschutztagen einen Innovation Deal gefordert: einen klaren Fahrplan, um mehr Fortschritt in die Landwirtschaft zu bringen. Das umfasst neben modernen Maschinen und smarten technologischen Lösungen vor allem auch Wirkstoffe für den Pflanzenschutz, innovative Formulierungen und verbesserte Ausbringungsgeräte, die allesamt einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Ausbringungsmenge leisten. Dank einer intensiven Forschung und Entwicklung im Pflanzenschutz konnte die ausgebrachte Menge an Wirkstoffen seit den 1950er Jahren um 95 Prozent reduziert werden.

zuletzt belegt die Aktion schauFELDER der IndustrieGruppe Pflanzenschutz, die auch 2020 durchgeführt wurde, die Auswirkungen dieser Entwicklung: Ohne entsprechende Pflanzenschutzmaßnahmen entwickeln sich die Kulturpflanzen deutlich schlechter und der Ertrag sinkt.

IGP Dialog: Braucht Agrarpolitik des Ermöglichs

Im Zuge von zwei IGP Dialogen hat die IndustrieGruppe Pflanzenschutz daher die aktuelle Situation in der Landwirtschaft,



Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln sehen sich daher als Vorreiter eines Innovation Deals. Sie investieren bis 2030 insgesamt 10 Mrd. EUR für die Forschung und Entwicklung von digitalen Lösungen sowie zusätzlich 4 Mrd. EUR in die Entwicklung von biologischen Pflanzenschutzmitteln. Um Innovation zu ermöglichen, braucht es aber entsprechende Rahmenbedingungen und ein klares Bekenntnis der EU-Kommission zum Forschungsstandort Europa. Das wäre im Sinne der Landwirtschaft und der Erreichung der Ziele, die in den Einzelstrategien des Green Deals formuliert sind.

Dialog verstärken, Forschung fördern

Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz will daher das Jahr 2021 nützen, um den Innovation Deal auf die politische Agenda zu setzen. Im Zuge von Webinaren und mit einem IGP Dialog sollen unterschiedliche Stakeholder in den Diskurs und die Entwicklung eines Innovation Deals eingebunden werden. Damit und mit dem Anstoß einer Agrarpolitik des Ermöglichs zeigt die IndustrieGruppe Pflanzenschutz Perspektiven und Potenziale für eine zukunftsfitte Landwirtschaft auf.

> igppflanzenschutz.at



Fotos: © AdobeStock/Zerbor/fancyfocus/unpict

DÜNGEMITTEL

Mineralische Düngemittel

Der Absatz von Stickstoffdünger ist im Kalenderjahr 2020 deutlich angestiegen. Außergewöhnlich niedrige Energiepreise (Erdgas) gepaart mit einem leichten Angebotsüberhang im zweiten und dritten Quartal 2020 führten zu einem starken Preisrückgang in diesem Produktsegment. Dies generierte eine lebhaftere Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte. Landesproduktenhändler und Landwirte haben mehr Dünger eingelagert als in der Vorperiode. Die Margenentwicklung in der Anwendungssaison im Frühjahr war zufriedenstellend, hat jedoch im zweiten Halbjahr stark gelitten. Der Bedarf an Mehrnährstoffdüngern (PK/NP/NPK-Dünger) war rückläufig. Die Entwicklung der Handelsmargen verlief analog zu den Stickstoffprodukten.

Die Landwirtschaft ist weiter auf stabilem Kurs. Insgesamt sind die Auswirkungen der Covidkrise auf die Lebensmittelmärkte dank der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittel-Produktionskette begrenzt geblieben. Die österreichische Düngerindustrie erwartet daher auch für die kommende Saison eine stabile Nachfrage für Mineraldünger.

Klimapolitisch wird der CO₂-Fußabdruck in der Düngemittelproduktion zukünftig an Bedeutung gewinnen. Die innovative, digitale Anwendung von Mineraldüngern nimmt weiter an Fahrt auf, wobei die exakte Bemessung des Düngedarfs basierend auf Satellitenkarten für jedes einzelne Feld zur Realität werden wird und „Data-Sharing“ von den Landwirten zunehmend als Chance für Transparenz und Akzeptanz gesehen wird.

Organische Düngemittel

Mit fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Symbiose zwischen Pilzen und Pflanzen (Mykorrhiza) wird immer deutlicher, warum die organische Düngung um Vieles weitreichender und komplexer ist als die simple Nahrungszufuhr. Das Zusammenspiel stimulierender Eigenschaften auf mikrobieller Ebene sorgt für effizientes Wurzelwachstum, was wie-



Foto: © AdobeStock/Scorsby

derum hochqualitative Erträge zur Folge hat. 2020 war ein spezielles Jahr mit vielen Veränderungen. Beständig bleibt jedoch die hohe Nachfrage nach organischen Lösungen für landwirtschaftliche Herausforderungen, in Anbetracht sich bewegender

gesetzlicher Rahmenbedingungen und anspruchsvoller Konsumenten.

Auch 2021 wird im Zeichen dieser Strömungen stehen und die Lieferketten sind bereit, dieser Entwicklung zu begegnen.

WASCHMITTEL, KOSMETIK, AEROSOLE

Corona-Pandemie bringt verstärkten Fokus auf Sauberkeit und Hygiene

Während der sonst üblichen Grippe-Wellen im Winter geraten Empfehlungen wie regelmäßiges Händewaschen, gründliche Reinigung von Oberflächen in Küche, Bad und WC leider allzu oft in Vergessenheit. Die Corona-Situation bringt uns aber wieder ins Gedächtnis, wie wichtig Hygiene und die damit verbundenen Produkte für uns alle sind.

Aus diesem Grund war für die Mitgliedsbetriebe des Fachverbands, die im Bereich der Wasch- und Reinigungsmittel bzw. Kosmetika tätig sind, trotz der wirtschaftlichen Krise ein ökonomisch erfolgreiches Jahr. Bei konsumnahen Wasch- und Reinigungsmitteln wurde 2020 ein deutliches Umsatzplus erzielt, obwohl der heimische Markt bereits gesättigt schien. Neben der gestiegenen Bedeutung der Produkte verlagerte sich durch die zahlreichen Corona-Maßnahmen – angefangen von den Ausgangsbeschränkungen bis hin zur verstärkten Nutzung des Homeoffices – das Leben aller Österreicherinnen und Österreicher in den privaten Haushalt. Außerdem waren weder die Produktion noch die Hauptvertriebswege – wie Super- und Drogeriemärkte – vom kompletten Stillstand betroffen.

Mit einer wesentlich differenzierteren Situation hatten die Unternehmen im Bereich der gewerblichen und industriellen Wasch- und Reinigungsmittel zu kämpfen. Gerade am Beginn der Pandemie

wurden die Produktionen rasch angepasst, um die Verfügbarkeit von wirksamen Hände- und Flächendesinfektionsmitteln für das Gesundheitswesen, die Lebensmittelversorgung und öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise Schulen, sicher zu stellen. Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung, rechtliche Unsicherheiten durch das EU-Biozidproduktrecht und Lieferengpässe bei Verpackungen konnten – auch mit Unterstützung des Fachverbands – bis zum Sommer 2020 beseitigt werden. Die so gestiegenen Umsätze in diesem Bereich machten Verluste bei den Produkten für Hotel- und Gastronomie wett, sodass branchenweit auch in diesem Bereich ein leichtes Umsatzplus erzielt werden konnte.

Ein ähnlich differenziertes Bild aufgrund der Lebensumstellung im Coronajahr zeigte sich auch für die Kosmetikunternehmen. Ein deutliches Wachstum wurde bei Produkten für die persönliche Hygiene, insbesondere flüssigen und festen Seifen, aber auch Haut- und Haarpflege erzielt. Umsatzrückgänge wurden bei dekorativer Kosmetik und Sonnenschutz, aber auch bei Parfüm und Deos verzeichnet. Äußerst schwierig war die Situation bei professionellen Produkten für Friseur (insbesondere Haarfarben) und Kosmetiker, da im letzten Jahr diese Dienstleistungen eine geraume Zeit lang nicht angeboten werden konnten.

Waschmittelindustrie als Vorreiter bei freiwilligen Initiativen im Umweltbereich

Das EU-Stoffrecht mit seinem überproportionalen Verwaltungsaufwand stellt die Branche vor große Herausforderungen. REACH, CLP und Biozidrecht sind hauptverantwortlich, dass die Wasch- und Reinigungsmittelindustrie im Vergleich mit anderen Branchen der chemischen Industrie überproportional von Gesetzesfolgen betroffen ist, besonders im administrativen Bereich. Ein gutes Beispiel dafür ist die neue Meldeverpflichtung für Gemische im Rahmen der CLP-Verordnung, die anstelle der einfachen Übermittlung eines Sicherheitsdatenblattes nun die detaillierte Angabe der Rezeptur erfordert.

Eine Entlastung der Unternehmen im Verwaltungsaufwand ist unbedingt notwendig, gerade für eine Branche, die hohe Anstrengungen in freiwillige Nachhaltigkeitsaktivitäten setzt. Leider ist diese mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit im Rahmen des EU-Green Deals nicht absehbar; im Gegenteil: Weitere regulatorische Einschränkungen bei Rohstoffen sind ebenso absehbar wie eine Zunahme des administrativen Aufwands.

Umweltschonende Innovationen von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln sind eine wesentliche Säule für die wirtschaftliche Situation der Branche. Kompaktierungsprojekte werden fortgesetzt, die Charta für nachhaltige Reinigung laufend nachgeschärft und neue Selbstverpflichtungen entwickelt. Im Bemühen um eine effiziente Kreislaufwirtschaft werden neue Maßstäbe bei Verpackungen gesetzt: Bis 2025 sollen alle Verpackungen vollständig verwertbar, wiederverwendbar oder kompostierbar sein und mindestens 20 Prozent Rezyklat enthalten.

Ein Pilotprojekt für die verstärkte Nutzung von Polyolefinrezyklaten wurde mit Unterstützung des Umweltministeriums gemeinsam mit Abfallsammlern und -behältern in Österreich in die Wege geleitet. Erste Ergebnisse zeigen, dass in Österreich noch ein großes Potenzial für das Schließen dieses Kunststoffkreislaufes vorhanden ist. Voraussetzung dafür sind klare und EU-weit einheitliche Vorgaben für die Rezyklierbarkeit von Verpackungen und Incentives für den verstärkten Rezyklateinsatz. Kontraproduktiv ist eine zusätzliche Belastung der Unternehmen durch eine undifferenzierte Abwälzung der EU-Plastiksteuer, einem EU-Finanzierungsinstrument, auf die Abfüller.

Auch Kosmetikrecht mit vielen Unsicherheiten und Hürden

Ein Jahrzehnt ist seit der neuen EU-Kosmetikverordnung vergangen. Aber immer noch gibt es viele offene Punkte, die im Sinn der Rechtssicherheit auf EU-Ebene rasch bereinigt werden müssen: Das Zusammenspiel zwischen Chemikalienrecht und den stoffspezifischen Anhängen der EU-Kosmetikverordnung; die unklare, weitgefaste Definition von Nanomaterialien; die Kennzeichnung von Duftstoffen und die Festlegung der Kriterien für endokrine Disruptoren.

Trotz der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Ersatz von Mikroplastikpartikeln in allen Produkten, die direkt in die Umwelt gelangen, stehen im Rahmen von REACH zusätzlich Beschränkungen bevor. Gerade bei Make-up, Nagel- und Lippenpflege lassen die Entwicklungen unverhältnismäßig kostspielige Reformulierungen ohne markanten Umweltnutzen befürchten. Weiters werden durch die EU-Chemikalienstrategie auch auf die Kosmetikindustrie zahlreiche neue Herausforderungen zukommen.

Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform (<http://kosmetik-transparenz.at>) fortgesetzt und der interaktive Dialog gezielt forciert. Ein moderner Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

EU-Kunststoffstrategie bremst die Entwicklung neuartiger Aerosole

Die europäische Aerosolrichtlinie, die die Rahmenbedingungen für das Inverkehrbringen von Aerosolen regelt, ist bestimmt eine der ältesten, bestehenden Regelungen in der EU; aber sie funktioniert. Einerseits wird neuen Entwicklungen, wie der Einsatz von Druckluft anstelle von druckverflüssigten Gasen, Rechnung getragen; andererseits wird die weitere Entwicklung von Kunststoffaerosolen durch die EU-Plastikstrategie gebremst. Die seitens der EU-Kommission in Aussicht gestellte Erhöhung der Nennfüllmenge für Kunststoffaerosole, die neue innovative Einsatzmöglichkeiten für das Verpackungsmaterial erlaubt, wird momentan leider nicht weiterverfolgt.

Einen wesentlichen Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung stellt die Neuregelung der Lagerung von Aerosolen vor mehr als 2 Jahren dar. Bei gleichbleibender Sicherheit können im Handel nicht nur die Kosten gesenkt werden, sondern es werden auch planbare Rahmenbedingungen geschaffen. Langsam wird dieses Potenzial auch durch eine weitergehende Umsetzung im Handel ausgeschöpft.

LACK- UND ANSTRICHMITTELINDUSTRIE

Die wirtschaftliche Entwicklung der österreichischen Lack- und Anstrichmittelindustrie war in diesem denkwürdigen Jahr 2020 überschattet und geprägt vom europaweiten Shutdown im Zuge der Corona-Pandemie. Auf breiter Front brachen schon im 1. Quartal die Ergebnisse massiv ein. Die Schließung des Einzelhandels, der Baumärkte und der Baustellen sowie die zusammengebrochene Nachfrage im Automobilbereich zwangen etliche österreichische Lack- und Anstrichmittelhersteller dazu, für Teile der Belegschaft Kurzarbeit zu beantragen. Durch die einigermaßen zurückgekehrte Normalität über die Sommermonate konnte einiges aufgeholt werden, so dass sich die schlimmen Befürchtungen vom Anfang des Jahres, als mit Rückgängen von bis zu 25 Prozent des Umsatzes gerechnet wurde, nicht bewahrheiteten. Mit Ausnahme des Automobilbereichs konnte der Industriezweig die Verluste aus dem ersten Lockdown in der zweiten Jahreshälfte wieder wettmachen. Schlussendlich konnte das Jahr als schwieriges, aber unter all den Umständen doch zufriedenstellendes Jahr für die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie verbucht werden, da die Branche insgesamt die überaus erfolgreichen Zahlen aus 2019 auch im Coronajahr 2020 wieder erreichen konnte.

Eine wesentliche Stütze war für einige Firmen eine deutliche Ausweitung der Online-Verkäufe sowie der Umstieg auf die

Produktion von Desinfektionsmitteln. Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie leistete am Höhepunkt der Krise einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Desinfektionsmitteln. Nicht nur, indem sie durch die Produktion von Desinfektionsmitteln schnell auf Verknappungen reagiert hat, sondern auch durch großzügige Spenden an lokale Blaulichtorganisationen, Spitäler und Altersheime. Insgesamt spendete die Branche mehr als 20.000 Liter schon im 1. Halbjahr 2020, womit sie bereits am Beginn der Pandemie ein unverzichtbarer Partner im Kampf gegen Covid-19 wurde.

Auch in diesem Jahr standen die von der Europäischen Union vorgegebenen Rahmenbedingungen im Bereich des Umwelt- und Arbeitnehmerschutzes im Zentrum der Berufsgruppenarbeit.

Titandioxid

Die österreichische Lackindustrie wird die Neueinstufung von Titandioxid bekämpfen und hat sich als Streitgenosse an der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof beteiligt. Durch die Organisation einer Prozessgemeinschaft innerhalb der Berufsgruppe und durch aktive Beteiligung am Verfahren können die Kosten des Verfahrens in vertretbarem Rahmen bleiben. Eine endgültige Entscheidung des EuGH wird erst 2021 erwartet.

Biozide

Nach wie vor stellt der Wegfall von bioziden Wirkstoffen die Branche vor große Herausforderungen. Aufgrund der drängenden Probleme im Bereich der Topfkonservierung hat sich die Berufsgruppe entschlossen, das Branchenprojekt „InCanPres“ bezüglich Innovationen in der Topfkonservierung weiter voran zu treiben. Eine Einreichung bei der FFG konnte erfolgreich vorbereitet werden und das Projekt wird 2021, nach erteilter Förderzusage, starten.

Ausbildung

Die für 2020 geplanten Aktivitäten im Bereich der Ausbildung wurden aufgrund der Pandemie sehr stark behindert. Als Vorstufe zum FH-Lehrgang „Applied Chemistry“ hätte im Sommer 2020 ein akademischer Lehrgang „Surface Technology“ als Summerschool an der FH Krems stattfinden sollen. Er musste allerdings aufgrund der Coronakrise auf Sommer 2021 verschoben werden. Erfreulich war aber der Start der Lehrlingsausbildung für das Modul Lacktechnik an der Berufsschule St. Pölten.

Leuchtturmprojekt Gebinderecycling

Die aktuellen Entwicklungen im Rahmen der EU-Kunststoffstrategie bzw. auch die Pläne der neuen Bundesregierung machen ein rasches Handeln der Branche

notwendig. Im Zuge des „Green Deal“ und der Umsetzung der neuen Kreislaufwirtschaft hat sich die Lack- und Anstrichmittelindustrie dazu entschlossen, ein Leuchtturmprojekt gemeinsam mit dem Umweltministerium und Partnern aus der Abfallwirtschaft zu initiieren. Kunststoffgebinde der Lackindustrie sollen im Kreislauf geführt und wiederverwertet werden. Es soll ein geschlossener österreichischer Kreislauf dieser Gebinde etabliert werden, der die Sammlung, Sortierung, Recycling und Verarbeitung des Rezyklats und der Verwendung der Recyclinggebände umfasst.

Dieses Projekt ist Teil der schon seit 10 Jahren geführten Initiative „Nachhaltige Lack- und Anstrichmittelindustrie“.

All diese Initiativen der Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie wurden auch im Jahr 2020 wieder einer breiten Öffentlichkeit im traditionellen Presseclub Lack vorgestellt. Hauptthemen dabei waren neben der wirtschaftlichen Entwicklung und den Auswirkungen der Pandemie, ebenso die Beteiligung an der EuGH-Klage zu Titandioxid, die Branchenprojekte sowie weitere regulatorische Herausforderungen, die unsere Industrie belasten. Diese Themen konnten erfolgreich an die Medien herangetragen werden und wurden auch mit einem respektablen Medienecho belohnt.

HOLZ-SCHUTZ-MITTEL

Im Zentrum der Branchenarbeit stand 2020 einmal mehr die mangelnde Verfügbarkeit von Wirkstoffen für einen effizienten Holzschutz. Durch die zeitlichen Verzögerungen im Rahmen des Review Programs auf Seiten der europäischen Chemikalienagentur ECHA kommen die Produzenten von zugelassenen Holzschutzmitteln unter Druck, weil die Zulassung einzelner Produkte abzulaufen droht. Auf Initiative der Industrie hat aber die Competent Authority Group der Mitgliedsländer einer Verlängerung der Zulassungen auf 2025 zugestimmt.

Auch für 2021 wurde das österreichische Holzschutzmittelverzeichnis in seiner 48. Auflage herausgebracht und ist seit Jänner 2021 online verfügbar.

TECHNISCHE GASE

Die Pandemie wirkte sich auch auf die Entwicklung des Industriegasmarktes aus. Der Gesamtmarkt ist nur leicht geschrumpft, obwohl die Kohlendioxidabsätze speziell aufgrund der Gastronomieschließung um ca. 15 Prozent eingebrochen sind.

Im Medizingasbereich kam es zu großen Herausforderungen. Der Absatz von medizinischem Sauerstoff in Flaschen ist phasenweise um ein Vielfaches angestiegen. Speziell durch die sehr gute und rasche Kommunikation über den Industriegas-

verband (ÖIGV) mit der AGES sowie den jeweiligen Verantwortlichen der Bundesländer zur Versorgung der Krankenhäuser und Covid-19 Notfallseinrichtungen war es möglich, die Versorgung zu jedem Zeitpunkt aufrecht zu erhalten.

Der Anstieg der Umsätze im medizinischen und Homecare Bereich konnte den negativen Trend der übrigen Geschäftsfelder nur zum Teil ausgleichen.

Die Verfügbarkeit von Helium hat sich verbessert, wobei die Versorgungskosten erheblich angestiegen sind. Auch die Verfügbarkeit von Argon kann oft nur durch sehr weite Transportwege sichergestellt werden. Die sehr rasch wechselnden Bedingungen nehmen sehr starken Einfluss auf die Versorgungskosten in allen Bereichen.

Die immer noch sehr instabile Situation lässt keine nachhaltigen Prognosen zu, wobei auf eine Entspannung im 2. Halbjahr 2021 gehofft wird.

Für die Unternehmen des Verbandes gibt es immer wieder neue Betätigungsfelder mit vielversprechenden Zukunftsaussichten wie z.B. Elektroantrieb bzw. Anwendungen im Zusammenhang mit Wasserstoff.



Foto: © AdobeStock/helish

KAUTSCHUKVERARBEITENDE INDUSTRIE

Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen kamen die Kautschukverarbeiter vergleichsweise glimpflich durch das schwierige Jahr, das von der Covid-19-Pandemie geprägt war. Von einer „Sonderkonjunktur“ profitiert haben besonders jene Betriebe, die medizinische Gebrauchsartikel erzeugt haben, in erster Linie sind dies Schutzhandschuhe. Dies hat zu einem außergewöhnlich hohen Umsatz und damit auch entsprechender Ren-

tabilität geführt. Technische Teile aus Kautschuk für die Industrie verzeichneten hingegen ein zweistelliges Minus bei Nachfrage und Absatz.

Reifenrunderneuerung kam auf Vorjahresniveau durch das Krisenjahr, was als großer Erfolg gewertet werden kann. Hohe Transportkosten führen derzeit zu einer Minderung des Wettbewerbsdruckes durch Neureifen aus Asien.

Prognosen werden momentan kaum gewagt. Die Nachfrage nach medizinischen Bedarfsartikeln wird weiterhin hoch bleiben. Technische Produkte werden wohl erst nach dem Wiederanspringen der Konjunktur nach Überwindung der Krise mit einem Bedarf auf Vorkrisenniveau rechnen können. Aufgrund des Green Deals der EK mit der Betonung auf Kreislaufwirtschaft, darf eine Belebung des Runderneuerungsgeschäftes erwartet werden.

Wir stehen für
ergänzen, nicht für ersetzen

BIOKRAFTSTOFFE – DIE VERKEHRSWENDE IST KEINE EINZELMASSNAHME

Ein Gastbeitrag unseres Mitglieds Münzer Bioindustrie

Ein Jahr, in dem eine weltweite Pandemie alles überschattet und ein Virus mit all seinen Mutationen den Ton angibt, liegt hinter uns, und viele fragen sich da „War da noch was anderes?“. Ja, da war noch etwas anderes. Etwas, das sich gegen Umweltzerstörung und Klimawandel stellen und eine neue Strategie für eine moderne, ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft sein soll.

Am 11. Dezember 2019 stellte die EU-Kommission den New Green Deal vor. Ein Deal, der Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Am 14. Jänner 2020 wurde schließlich der Investitionsplan für diesen europäischen Grünen Deal präsentiert, gemeinsam mit einem Mechanismus für einen geordneten Übergang. Und es sollen noch weitere Strategien, Aktionspläne sowie Klimagesetze und Pakete folgen.

Neben Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeitsstrategien ist jedoch auch weiterhin außer Streit: Sorgenkind bleibt der Verkehrs- und Transportsektor. Aber nicht nur die Reduktion der Treibhausgasemissionen in diesem Bereich stellt sich als gewaltige Herausforderung dar, es ist vor allem die Einigung auf eine Strategie, die dieses Kapitel so schwierig gestaltet. Dabei lägen schon viele Maßnahmen auf dem Tisch, die sowohl im österreichischen Regierungsprogramm, als auch verschiedenen Positionspapieren und Diskussionsgrundlagen der europäischen Institutionen Widerhall gefunden hätten.

Die aktuell größte und effizienteste Maßnahme zur Dekarbonisierung des Verkehrs- und Transportsektors stellt der Einsatz von Biokraftstoffen, hier speziell Biodiesel und Bioethanol, dar. Für 2019 weist der Biokraftstoffbericht des Umweltministeriums aus, dass mehr als 1,5 Millionen Tonnen Treibhausgasersparungen auf das Konto der heimischen Biokraftstoffproduzenten gehen.

Aber nicht nur das. Österreich ist gerade im Bereich der Nachhaltigkeit der verarbeiteten Rohstoffe EU-weit tonangebend. So hat die Branche lange Druck gemacht, dass Palmöl in der Energieproduktion disqualifiziert wird. Mit Juli 2021 werden schließlich jene Rohstoffe, deren Herkunft fragwürdig ist, nicht mehr an die Ziele gemäß Kraftstoffverordnung angerechnet werden können. Darüber hinaus werden beispielsweise in der heimischen Biodieselproduktion, die ohnehin seit vielen Jahren auf Palmöl verzichtet, mehr als 72 Prozent abfallbasierte Rohstoffe wie etwa Altspeisefett eingesetzt.

Nun ist es an der Zeit, die nächsten Schritte und die Erhöhung der Beimengungsquoten umzusetzen. Das Regierungsprogramm sieht hier etwa E10, also die Verdoppelung der Biokomponente im Benzinsegment vor. Auf Europäischer Ebene werden diese sogenannten „higher blends“, also auch eine Erhöhung von derzeit 7 auf 10 Prozent Biodiesel, schon länger offensiv diskutiert. Wer also die Verkehrswende ernsthaft angehen will, sollte nicht in Einzelmaßnahmen und Verboten denken, sondern vielmehr auf Erfolgsmodelle wie die heimische Biokraftstoffproduktion setzen.



Foto: © AdobeStock/peterschreiber.media

FASER-ERZEUGER

Die Herstellung von Fasern – in Österreich sind das neben Polyimid- und Polyethylenfasern zum überwiegenden Teil Zelluloseregenerate wie Viskose – musste wegen des krisenbedingt sehr schwierigen Marktumfeldes einen Rückgang der abgesetzten Produktion um mehr als ein Viertel hinnehmen. Die unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Krise erhöhten den Preis- und Mengendruck im Bereich der Textilfasern insbesondere im 2. Quartal 2020. Die Erholung der Nachfrage im 2. Halbjahr beeinflusste die Umsatz- und Ergebnisentwicklung positiv, konnte die Verluste aber nicht ausgleichen. Die Betriebe mussten mit strukturellen Maßnahmen gegensteuern. Am Ende blieben die Umsätze um ein Viertel unter jenen des Vorjahres. Die Investitionen in die Verbesserung der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes wurden



Foto: © AdobeStock/BAIVECTOR

nochmals gesteigert. Die Fokussierung auf Spezialfasern der vergangenen Jahre hat jedenfalls die Krisenfestigkeit erhöht und wird auch in den kommenden Investitionsprogrammen fortgesetzt.

Prognosen sind nach wie vor schwierig und vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängig.

BITUMEN-EMULSIONS-INDUSTRIE

Wirtschaftlich war die Industrie 2020 beeinträchtigt durch die ausbleibenden Straßenrenovierungsaufträge der Länder und Gemeinden in der Coronakrise. Im Zentrum der Berufsgruppenarbeit standen die Nachhaltige Beschaffung und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsparametern für die Bitumenemulsionsindustrie. Eine Studie zur Erstellung des CO₂-Fußabdrucks ist in Vorbereitung und soll die nachhaltige Straßensanierung mit Bitumenkalttechnik untermauern. Schwerpunkte waren auch die Mitgestaltung der Regelungen für das öffentliche Beschaffungswesen und die öffentliche Auftragsvergabe.

BAUKLEBSTOFFINDUSTRIE

2020 war für die Bauklebstoffindustrie trotz Corona in wirtschaftlicher Hinsicht ein zufriedenstellendes Jahr. Der DIY-Bereich konnte vom Lockdown sogar profitieren und auch im Gewerbe war die Nachfrage hoch. Engpässe gab es vor allem bei der Verarbeitungskapazität, weil viele Handwerksbetriebe voll

ausgelastet waren. Für 2021 ist die Branche weitgehend optimistisch.

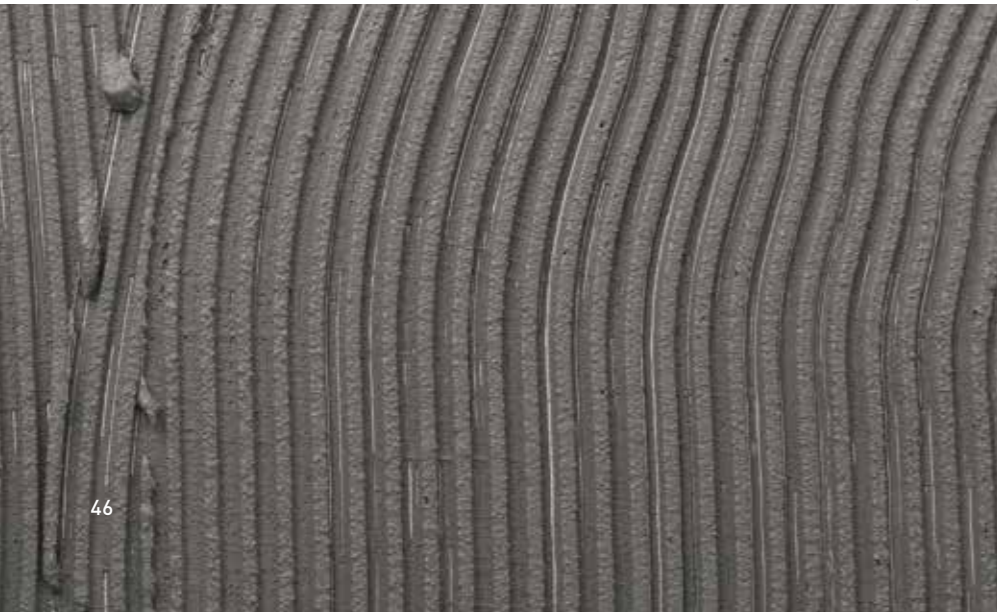
Im Zentrum der Berufsgruppenarbeit standen wieder die Entwicklungen der Bauprodukte-VO in Bezug auf die Nachhaltigkeitsparameter EPD und PEF sowie die Umsetzung der chemikalienrechtli-

chen Vorgaben bezüglich UFI Code. Die bestehenden Branchen-Merkblätter wurden aktualisiert und weiterentwickelt.

Die Vorgaben des EU Green Deals und hier insbesondere der Initiativen zur Circular Economy werden von der Berufsgruppe Bauklebstoffe monitort und Schritte für die Umsetzung geplant. Bezüglich Kreislaufführung der Produkte ist die Bauklebstoffindustrie besonders gefordert. Wichtig dabei ist daher eine aktive Beteiligung an der Normung in diesem Bereich. Hinsichtlich der Einführung von ökosozialen Kriterien wurden Gespräche mit der Behörde geführt und die Gruppe beteiligte sich an der Erarbeitung des Aktionsplanes zur Nachhaltigen Beschaffung.

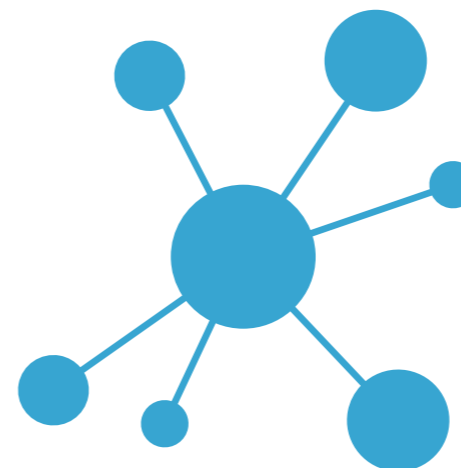
Auch an der Digitalisierung in Form von Building Information Modelling-BIM arbeitet die Berufsgruppe Bauklebstoffe mit und lotet die Möglichkeiten für die Branche aus.

Foto: © AdobeStock/New Africa



ANHANG

Das Jahr 2020 begann mit einer guten Auftragslage, die Unternehmen waren zuversichtlich bis im März mit dem Lockdown durch die Corona-Pandemie große Unsicherheiten die Branche erschütterten. Auch wenn gegen Ende des Jahres wieder eine Erholung zu spüren war, so schloss die Chemie das Jahr mit einem deutlichen Minus ab.



Wirtschaftsbericht	48
Geschäftsverteilung	52
Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs	53
Fach- und Berufsgruppenausschüsse	54
Kontakt	55

WIRTSCHAFTSBERICHT

Die Corona-Krise brachte der Branche einen deutlichen Produktionsrückgang von 7 Prozent, wobei sich im 4. Quartal eine leichte Verbesserung abzeichnete. Insbesondere die Monate März bis Mai verzeichneten deutliche Einbußen. Neben der sinkenden Nachfrage in zahlreichen Kundensegmenten der chemischen Industrie hatten gerade zu Beginn des ersten Lockdowns auch massive Lieferprobleme stark negative wirtschaftliche Auswirkungen. Ein Großteil der Firmen musste Wirtschaftshilfen in Anspruch nehmen, so wurde Kurzarbeit in einem großen Teil der Unternehmen eingeführt.

Die Entwicklungen in den einzelnen Branchen der chemischen Industrie waren unterschiedlich. Während wie zu erwarten der Absatz von Wasch- und Reinigungsmitteln stieg und die Bereiche der Bauchemie nahezu das Vorjahresniveau einhalten konnten, waren v.a. die größeren Segmente der chemischen Industrie teilweise mit massiven Produktionsrückgängen konfrontiert: Die Kunststoffverarbeitung musste ein Minus von -9 Prozent verzeichnen, die Kunststoffherzeugung ging um -7,5 Prozent zurück. Die Herstellung von Pharmazeutika lag mit -5,9 Prozent ebenfalls deutlich unter dem Wert von 2019. Die schwierige internationale Situation zeigte sich auch bei den organischen und anorganischen Grundstoffen, die um -8,2 Prozent zurückgingen. Lacke, Anstrichmittel und Klebstoffe schnitten mit einem Minus von -0,9 Prozent in Anbetracht der Krise deutlich besser ab als erwartet. Die Produktion von Agrochemikalien sank um -4,6 Prozent. Die Faserherstellung war mit einem Einbruch von -26,2 Prozent die am stärksten betroffene Branche.

Das Investitionsverhalten 2020 war von verschiedenen Einflüssen geprägt: Die zu Beginn des Jahres noch besseren Aussichten, die darauf folgende Wirtschaftskrise und schließlich die Investitionsprämie führten nach ersten Schätzungen und Hochrechnungen insgesamt zu einem Rückgang von -4 Prozent auf ca. 1 Mrd. Euro. Durch die hohe soziale Verantwortung der Unternehmen und das Instrument der Kurzarbeit konnte ein größerer Beschäftigungsabbau verhindert werden: Die Anzahl der Mitarbeiter sank nur um -0,8 Prozent auf rund 46.800 Mitarbeiter.

Außenhandel mit Chemiewaren

Im Jahr 2020 ging der österreichische Außenhandel mit Chemiewaren um -1,3 Prozent zurück. Exporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, stiegen um 2,0 Prozent, jene nach Frankreich, dem nächstgrößten Handelspartner sanken um -4,5 Prozent. Ausreißer nach unten war Schweden mit einem Minus von -26,4 Prozent, auf der anderen Seite der Skala findet sich Dänemark mit einem Plus von 20,6 Prozent. Insgesamt entwickelten sich die EU-Exporte mit einem Zuwachs von 0,2 Prozent besser als die Gesamtexporte.

Dort wirkten sich vor allem die um -17,6 Prozent gesunkene Nachfrage aus Asien sowie den übrigen Staaten Europas mit -14,8 Prozent negativ aus, während Richtung EFTA-Staaten erfreulicherweise ein Zuwachs von 15,9 Prozent verzeichnet werden konnte. Die Exporte nach Amerika entwickelten sich mit 2,0 Prozent leicht positiv.

Die Chemie-Handelsbilanz 2020 verzeichnet einen leichten Überschuss: 25,2 Mrd. Euro Exporten stehen 24,8 Mrd. Euro Importe gegenüber.

Status quo und Ausblick

Die wirtschaftliche Situation ist derzeit mit zahlreichen Unsicherheiten verknüpft. Zwar sind bei Auftragseingängen positive Entwicklungen zu verzeichnen, dafür ist die Situation durch die zunehmende Verknappung auf den Rohstoffmärkten derzeit für viele Branchen und Firmen als extrem herausfordernd zu bezeichnen. Die neuerlichen Lockdowns auf Grund der nach wie vor bestehenden Gesundheitskrise dämpfen die Wachstumsaussichten ebenfalls. Es wird daher umso wichtiger sein, dass bei den kommenden Konjunkturpaketen sowie Innovations- und Forschungsförderungen die richtigen Impulse gesetzt werden. Der Fachverband wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass so viel Wertschöpfung und Know-how wie möglich im Inland erzeugt wird und somit ein auch ökonomisch nachhaltiger Aufschwung ermöglicht wird. Die chemische Industrie kann dafür zahlreiche Produkte und Technologien anbieten, die in den verschiedensten Zukunftsfeldern zum Einsatz kommen: Klimaschutz (z.B. thermische Sanierung, Wasserstofftechnologien, CCU), Kreislaufwirtschaft, Infrastrukturausbau, Versorgungssicherheit bei Medikamenten, Agrarchemie usw.



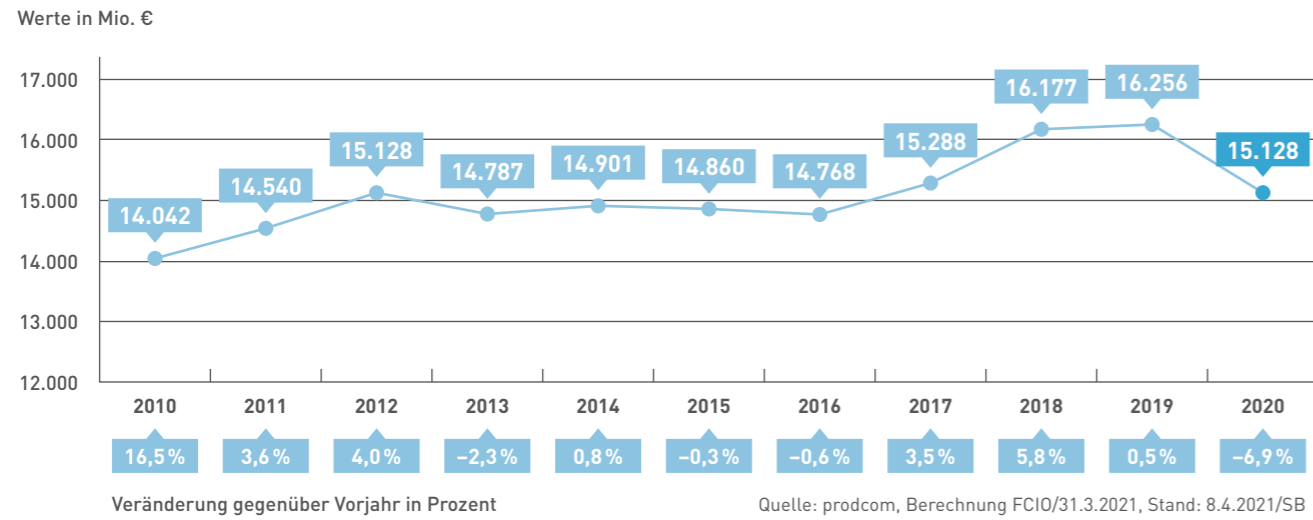
Foto: © AdobeStock/Romolo Tavani

ANTEILE DER BRANCHEN 2020

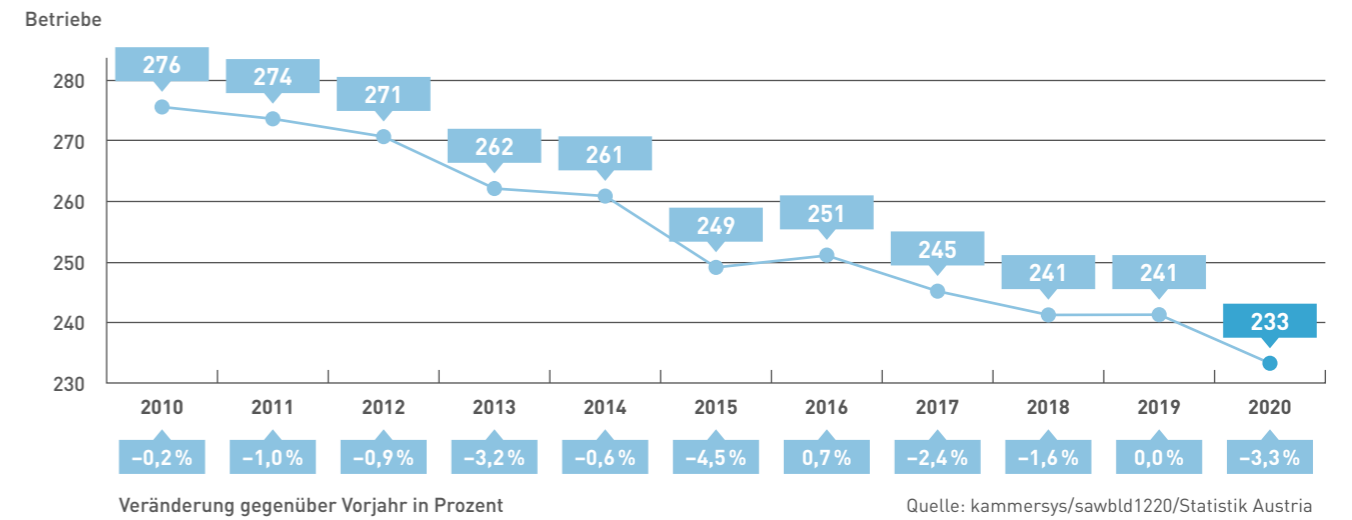


Quelle: Prodcom 31.3.2021
Berechnung Fachverband/SB/8.4.2021

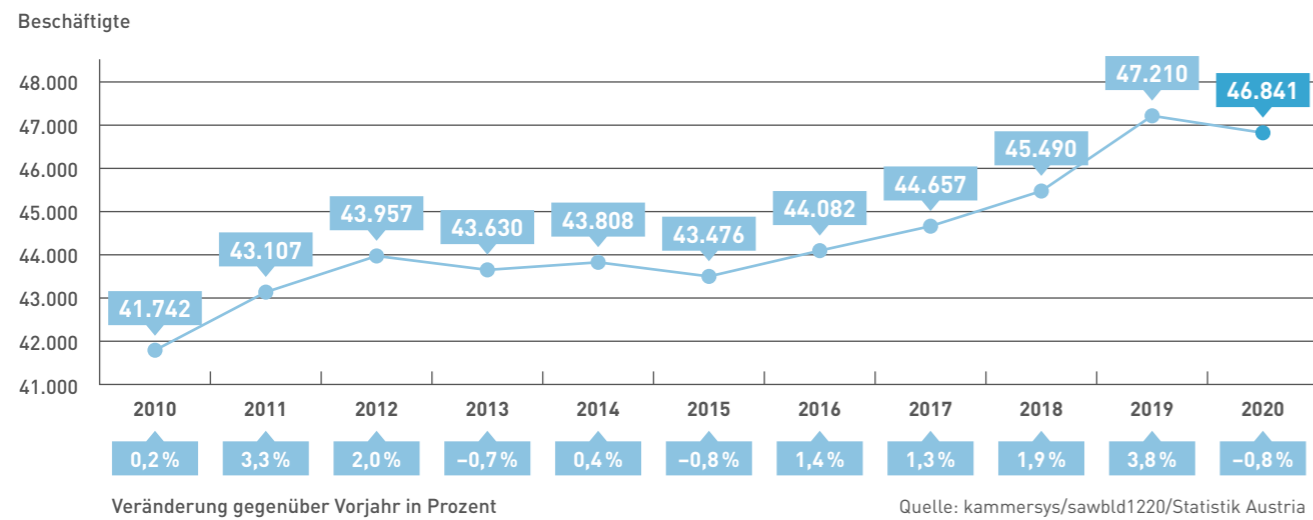
ABGESETZTE PRODUKTION DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2010–2020



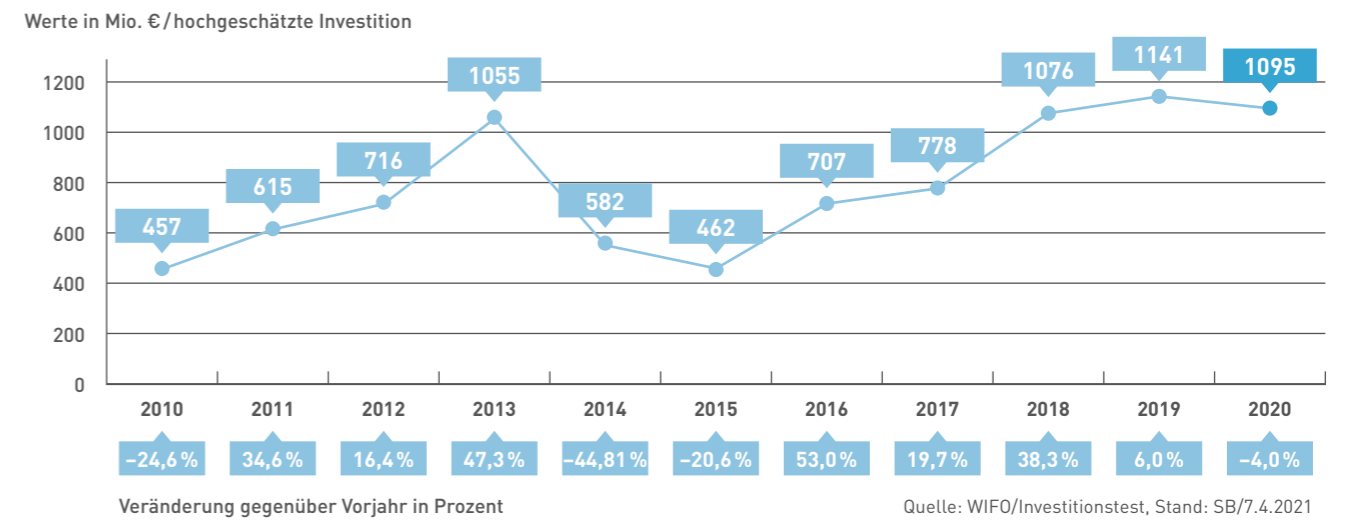
BETRIEBE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2010–2020



BESCHÄFTIGTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2010–2020



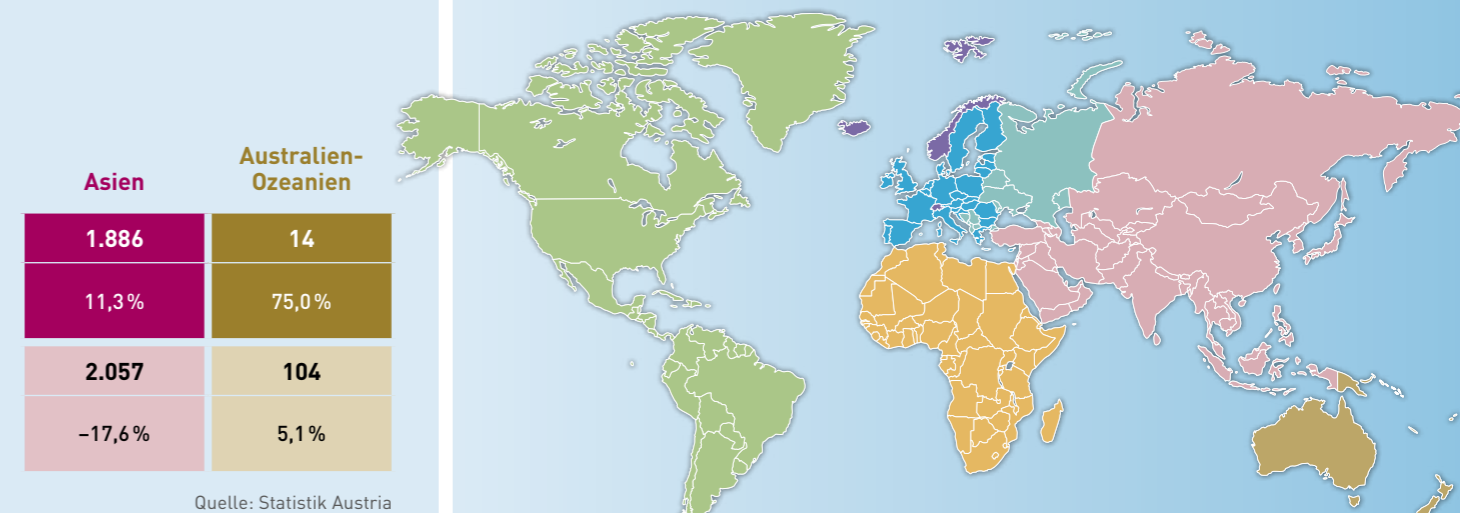
INVESTITIONEN IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2010–2020



HANDEL MIT CHEMIEWAREN 2020

Werte in Mio. €

	Gesamt	Intra-EU (26)	EFTA	Übrige Länder Europas	Amerika	Afrika
Einfuhr 2020	24.822	16.543	3.520	826	2.017	16
Veränderung gegenüber Vorjahr	-4,4%	-3,5%	30,3%	-1,9%	-43,5%	-5,9%
Ausfuhr 2020	25.219	16.234	2.656	1.859	2.074	234
Veränderung gegenüber Vorjahr	-1,3%	0,2%	15,9%	-14,8%	2,0%	-2,9%



GESCHÄFTSVERTEILUNG

GESCHÄFTSFÜHRERIN GESCHÄFTSFÜHRER-STV	Mag. Sylvia Hofinger Dr. Christian Gründling
KOLLEKTIVVERTRAG ARBEITSRECHT	Mag. Kathrin Desch
KOMMUNIKATION	Mag. Dorothea Pritz, Mag. Andreas Besenböck
CHEMIKALIENMANAGEMENT	Chemikalienpolitik: Dr. Christian Gründling
	Chemikalienrecht: Dr. Christian Gründling, Dr. Susanne Gfatter, Dr. Klaus Schaubmayr
	Biozidrecht: Dr. Dominique Schröder
	Verbote, Beschränkungen, wissenschaftliche Bewertung: Dr. Franz Latzko, Dr. Susanne Gfatter
	Biotechnologie/Gentechnik: Dr. Franz Latzko
Lebensmittelrecht: Dr. Franz Latzko	
GESUNDHEIT, SICHERHEIT, UMWELTSCHUTZ, ENERGIE	Luft: Dr. Reinhard Thayer
	Wasser: Dr. Reinhard Thayer
	Abfall: Dr. Susanne Gfatter
	Energie/Klimaschutz: Dr. Reinhard Thayer
	Betriebsanlagenrecht: Dr. Reinhard Thayer
	Sicherheit am Arbeitsplatz: Dr. Christian Gründling
	Responsible Care: Dr. Dominique Schröder
GEFAHRGUTTRANSPORT	Gefahrgutrecht: Dr. Christian Gründling
	Verwaltungsstrafverfahren: Dr. Klaus Schaubmayr
	TUIS: Dr. Christian Gründling
FORSCHUNG, INNOVATION	Dr. Franz Latzko
BILDUNGSFÖRDERUNG	Mag. Dorothea Pritz

BRANCHENBETREUUNG

Aerosole: Dr. Christian Gründling	Kautschukwaren: Dr. Franz Latzko
Austrian Biotech Industry: Dr. Franz Latzko	Kunststoffherzeugung: Dr. Susanne Gfatter
Bauklebstoffe: Dr. Klaus Schaubmayr	Kunststoffverarbeitung: Dr. Susanne Gfatter
Betonzusatzmittel: Dr. Klaus Schaubmayr	Lacke – Farben: Dr. Klaus Schaubmayr
Biokraftstoffe: Dr. Reinhard Thayer	Lebens- und Futtermittelzusatzstoffe: Dr. Franz Latzko
Bitumenemulsionen: Dr. Klaus Schaubmayr	Pflanzenschutz: Dr. Dominique Schröder
Dach-, Abdichtungsbahnen: Dr. Klaus Schaubmayr	Pharmazeutika: Dr. Franz Latzko
Düngemittel: Dr. Dominique Schröder	Technische Gase: Dr. Dominique Schröder
Fasern: Dr. Franz Latzko	Textil-, Leder-, Papierhilfsmittel: Dr. Christian Gründling
Holzschutz: Dr. Klaus Schaubmayr	Waschmittel/Kosmetik: Dr. Christian Gründling

FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE ÖSTERREICHS

PRÄSIDIUM		Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS Rembrandtin Lack GesmbH / Fachverbandsobmann
		Dipl. Ing. Helmut Schwarzl Geberit Produktions GmbH & Co KG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter
		Dipl. Ing. Dr. Ulrich Wieltisch Patheon Austria GmbH & CoKG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter
FACHVERBANDSAUSSCHUSS	Harald Angerer MBA , Imerys Fused Minerals Villach GmbH	
	Mag. Dr. Ilse Bartenstein , G.L. Pharma GmbH	
	Kristian Brok , Semperit AG Holding	
	Dipl. Ing. Roman Eberstaller , SUNPOR Kunststoff GmbH	
	Dr. Ernst Gruber , Axalta Coating Systems Austria GmbH	
	KommR Ing. Wolfgang Haider , Borealis Polyolefine GmbH	
	Dipl. Ing. Karl-Heinz Hofbauer , Baxter AG	
	Dipl. Ing. Johann Huber , Lenzing Plastics GmbH & Co KG	
	Mag. Günter Alexander Klepsch , Senoplast & Co GmbH	
	Dipl.-Chem. Michael Kocher , Sandoz GmbH	
	Dr. Richard Anton Kwizda , Kwizda Pharma GmbH	
	Philipp von Lattorff , Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG	
	Wolfgang Lux , Poloplast GmbH & Co KG	
	Ing. Jürgen Rainalter , Getzner Werkstoffe GmbH	
	Mag. Birgit Rechberger-Krammer , Henkel Central Eastern Europe GmbH	
	Dipl. Ing. Marco Horst Schlimpert , Lenzing Aktiengesellschaft	
	Mag. Rainer Schmidtmayer , Treibacher Industrie AG	
Dipl. Ing. James Schober , Donau Chemie AG		
Dipl. Ing. Martin Thaler , Isovolt AG		
Mag. jur. Dr. Peter Unterkofler , Jacoby GM Pharma GmbH		
Harald Wallner MBA , Greiner Foam International GmbH		
Dipl. Ing. Dr. Bernd Andreas Zauner , Lenzing Fibers GmbH		

Stand März 2021

FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS	VORSITZ	ARBEITSGRUPPE
ARBEITGEBERAUSSCHUSS	Mag. Rainer Schmidtmayer	
AUSSCHUSS FÜR GESUNDHEIT, SICHERHEIT UND UMWELTSCHUTZ – RESPONSIBLE CARE	Dr. Christopher Zachhuber	
	Dr. Johannes Stockinger	Chemikalienpolitik
	Ing. Andreas Griebel	Abfallbeauftragte (ruhend)
	Ing. Karl Hofbauer	TUIS
	Ing. Angelika Frauenberger	Transport
	Roland Kormesser	Arbeitsschutz
ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFWIRTSCHAFT	Dipl.Ing. Helmut Schwarzl*	
ARGE PHARMA	Dr. Ilse Bartenstein*	
AUSTRIAN BIOTECH INDUSTRY		
ARGE HOLZSCHUTZMITTEL	Horst Knögler	
BIODIESEL	Ewald-Marco Münzer, B.A.	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS KUNSTSTOFFVERARBEITENDE INDUSTRIE	Dipl.Ing. Helmut Schwarzl	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS PHARMAINDUSTRIE	Dr. Ilse Bartenstein	
BERUFSGRUPPE WASCHMITTEL – KOSMETIK	Mag. Birgit Rechberger-Krammer	
	Mag. Stefan Kukačka	
	Heinz Roscher	Arbeitsgruppe I & I
	Mag. Marlene Hölsken	Waschmittel
	Dr. Alfred Markowetz	Kosmetik
	Dr. Alfred Markowetz	Aerosole
BERUFSGRUPPE LACKINDUSTRIE	Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS	
	Christian Breitwieser	Technische Arbeitsgruppe
INDUSTRIEGRUPPE PFLANZENSCHUTZ	Dr. Christian Stockmar	
BERUFSGRUPPE BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE** BERUFSGRUPPE DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN	Dipl.Ing. Wolfgang Eybl	
BERUFSGRUPPE BAUKLEBSTOFFE	Mag. Bernhard Mucherl	
ÖSTERREICHISCHER ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFFENSTER		

* Vorsitz (alternierend; vom Fachverband)
 ** Güteschutzausschuss der österreichischen Bitumenemulsionserzeuger

Stand April 2021

KONTAKT



Mag. Sylvia Hofinger
 Geschäftsführerin
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3371
 hofinger@fcio.at



Dr. Christian Gründling
 stv. Geschäftsführer
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3348
 gruending@fcio.at



Mag. Andreas Besenböck
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3372
 besenboeck@fcio.at



Mag. Kathrin Desch
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3356
 desch@fcio.at



Dr. Susanne Gfatter
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3369
 gfatter@fcio.at



Dr. Franz Latzko
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3367
 latzko@fcio.at



Mag. Dorothea Pritz
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3364
 pritz@fcio.at



Dr. Klaus Schaubmayr
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3749
 schaubmayr@fcio.at



Dr. Dominique Schröder
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3373
 schroeder@fcio.at



Dr. Reinhard Thayer
 Telefon: +43 (0)5 90 900-3365
 thayer@fcio.at

Fotos: © marko's photography



**Fachverband der
Chemischen Industrie Österreichs
FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien, Austria

Telefon: +43 (0) 590 900-3340
Mail: office@fcio.at
www.fcio.at